

## Tschad

Länderinformationen zu den Europäischen  
Kriterien für Waffenexporte



# INHALT

---

<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>2</b>
------------------------	----------

---

<b>Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor</b>	<b>5</b>
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	7
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	15
Polizei und andere Sicherheitskräfte	17
Diversität in den Streitkräften	18

---

<b>Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts</b>	<b>19</b>
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	19
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	20
Innere Lage im Empfängerland	24
Spannungen und innere Konflikte	25
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	26
Bedrohung von Alliierten	29
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	30
Unerlaubte Wiederausfuhr	33
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	34

## ZUSAMMENFASSUNG

---

### Informationen zum Sicherheitssektor

Der Tschad erhielt bislang keine größeren Rüstungsexporte aus Deutschland. Die erste Lieferung deutscher Rüstungsgüter in den Tschad erfolgte 2009. Seither wurden insbesondere die Botschaft, Hilfsorganisationen und die UN-Mission mit gepanzerten Fahrzeugen, Minenräumausrüstung und ballistischem Schutz beliefert. Einige andere Rüstungsexporte an das tschadische Militär wurden unter Verweis auf die schlechte Menschenrechtslage sowie die innere Lage im Empfängerland nicht genehmigt. In den Jahren 2020 bis 2023 wurden keine Anträge auf Ausfuhrgenehmigung gestellt.

Weil eine lokale Rüstungsindustrie fehlt, ist der Tschad in hohem Maße von Rüstungsimporten abhängig, um seine Streitkräfte auszustatten. Zu den wichtigsten Lieferanten zählen gegenwärtig (2020 – 2024) die Türkei, China, die Vereinigten Arabischen Emirate. Auch die Ukraine, Italien, Nigeria, Frankreich, Israel und die USA exportierten in den letzten Jahren Großwaffensysteme. Wie in der gesamten Region war der Lieferumfang allerdings verhältnismäßig gering – oftmals handelte es sich um Schenkungen.

Die Streitkräfte des Tschad gelten als kampferfahren. Mit 33.250 aktiven Soldat:innen, untergliedert in die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Staatssicherheitsdienst, gehört das Militär zu den stärksten in der zentralafrikanischen Region. 2015 wurde die Personalstärke des Militärs nach mehreren schweren Terroranschlägen im Land um 5.000 Soldat:innen erhöht. In der Bekämpfung dschihadistischer, bewaffneter Gruppen im Inland und der Region liegt mittlerweile eine seiner Hauptaufgaben. Antiterror-Operationen werden allerdings überwiegend im multinationalen Verbund getätigt. Seit 1998 ist der Tschad Teil der Multinational Joint Task Force; auch an der internationalen Eingreiftruppe G5 Sahel Joint Force war er zwischen 2017 und 2023 beteiligt (diese wurde jedoch im Dezember 2023 aufgelöst). Im Rahmen der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen (MINUSMA) waren zuletzt 1.449 tschadische Soldaten in Mali stationiert. Die Mission wurde allerdings ebenfalls beendet.

Die Landstreitkräfte sind die größte Teilstreitkraft des zentralafrikanischen Binnenstaats. Die Einsatzfähigkeit und Schlagkraft des Heeres werden allerdings maßgeblich von den überwiegend veralteten Waffensystemen beeinträchtigt. Mit 350 Soldat:innen ist die Luftwaffe des Tschad ziemlich klein, dennoch ist sie in der Lage, eigenständig Luftunterstützung für das Heer zu bieten.

Das Militär spielt im Tschad eine wichtige, wenngleich problematische Rolle. Mehrere Militärputsche – erfolgreiche ebenso wie gescheiterte – prägen bis heute die politische Geschichte des Landes. Auch der langjährige Präsident und ehemalige Kommandeur Déby kam 1990 durch einen Militärputsch an die Macht. Bis zu seinem Tod im April 2021 war das Militär ein zentraler Faktor seines Machterhalts. Auch der heute amtierende Präsident, , Mahamat Idriss Déby, wurde zunächst durch das Militär ernannt.

Im Inland werden die Streitkräfte häufig zur Repression, beispielsweise zur Niederschlagung von Protesten eingesetzt. Das gesellschaftliche Vertrauen in das Militär im Tschad ist gering. Ursachen dafür sind die hohe Korruption und Klientelismus. Mehrfach wurden außer-gesetzliche Tötungen, Entführung und Folter durch Militärs dokumentiert; aufgrund des

Klimas der Straflosigkeit wurden die Menschenrechtsverletzungen jedoch nicht juristisch verfolgt. Vielerorts kann die Armee die Sicherheit der Zivilbevölkerung nicht gewährleisten.

## Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Der Tschad zählt dem Human Development Index zufolge zu den ärmsten und sogenannten „unterentwickeltesten“ Ländern weltweit. Korruption, Arbeitslosigkeit, Armut, eine unzureichende Gesundheitsvorsorge und schlechte Bildungschancen stellen das zentralafrikanische Land vor große Probleme.

Der Tschad war in Bürgerkriegszeiten Schauplatz internationaler Interventionen, beispielsweise durch Frankreich und Libyen. Seit der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960 gab es zahlreiche Rebellionen und Umstürze. Diese vollzogen sich entlang ethnischer Konfliktlinien. Zu Zeiten der französischen Kolonialherrschaft verliefen sie zwischen dem politisch und militärisch dominanten Süden und den nördlichen Regionen. Seit der Beendigung des Bürgerkrieges 1979 finden Machtkämpfe vor allem zwischen, aber auch innerhalb, ethnischen Gruppen aus dem Norden statt.

Zwischen 2004 und 2010 lieferten sich Regierung und vom Sudan unterstützte Rebell:innengruppen wie die UFR (Union of Forces for the Resistance), die FACT (Front pour l'alternance et la concorde au Tchad) und die CCMSR (Conseil de commandement militaire pour le salut de la République) zahlreiche Gefechte. Zwar beendete ein Abkommen zwischen dem Tschad und dem Sudan den Bürgerkrieg offiziell im Jahr 2010, doch die Sicherheitslage bleibt instabil. Idriss Déby starb 2021 unter ungeklärten Umständen bei einem Truppenbesuch im Norden des Landes während Kämpfen mit Rebell:innen. Anschließend übernahm sein Sohn Mahamat Déby durch einen Militärputsch die Macht und kündigte Neuwahlen an. Am 6. Mai 2024 gewann Mahamat Idriss Déby die Präsidentschaftswahl laut offizieller Wahlkommission mit 61 % der Stimmen.

Zudem bestehen in einigen Landesteilen lokale Auseinandersetzungen um Land. Darüber hinaus bekämpft das Militär die dschihadistische Miliz Boko Haram, die in der Tschadseeregion aktiv ist. Bei Angriffen werden jährlich hunderte Menschen getötet, verwundet oder entführt. Seit 2015 wurden über 100.000 Menschen vertrieben. Der letzte Angriff (Stand 13. Mai 2026) fand in der Nacht vom 4. Mai 2026 statt, als Boko Haram Kämpfer einen Militärposten in der Region des Tschadsee angriffen und dabei 23 Soldat:innen töteten; 26 weitere wurden verletzt. Daraufhin rief die Regierung einen Ausnahmezustand in der Region aus. Die Gewalt beeinträchtigt zudem die Wirtschaft der Tschadsee-Region erheblich. Viele Menschen verloren durch die anhaltenden Konflikte ihre Lebensgrundlage.

Der Tschad ist mit illegalem Handel sowie Schmuggel von Menschen und Drogen konfrontiert. Auch Waffen und Munition werden illegal gehandelt. Wie in der gesamten Sahelregion sind auch hier der Verlust und die Verbreitung von Kleinwaffen aus nationalen Arsenalen ein Problem. Gezielte Angriffe bewaffneter Gruppen auf militärische Einrichtungen tragen dazu bei. Auch Fälle, in denen beschlagnahmte illegal eingeführte Waffen (zum Beispiel aus Libyen) durch tschadische Sicherheitskräfte auf dem Schwarzmarkt weiterverkauft wurden, sind dokumentiert.

Die Menschenrechtssituation im Tschad ist kritisch. Das Land zählt zu den repressivsten Regimen des Kontinents. Im September 2025 verlängerte die Nationalversammlung bspw. mit überwältigender Mehrheit die Amtszeit des Präsidenten von fünf auf sieben Jahre und hob zugleich die Begrenzung auf Wiederwahlen auf. Zudem agiert die politische Opposition unter

extremem Druck: Die Behörden verfolgen, inhaftieren und töten Oppositionelle. In der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen belegt der Tschad 2026 Platz 93 von 180 Staaten. Medienschaffende, die das Regime, die hohe Korruptionsrate oder die weitreichende Armut kritisieren, riskieren Bedrohung, Einschüchterung oder Strafverfolgung.

Gewalt gegen Frauen bleibt im Tschad weit verbreitet. Nach den neuesten verfügbaren Daten aus dem Jahr 2023 haben 29 % der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren mindestens einmal körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch einen aktuellen oder ehemaligen Partner erfahren. 15 % der Frauen über 15 Jahren waren innerhalb der letzten zwölf Monate von solcher Gewalt betroffen. Ebenfalls weiterhin verbreitet ist die weibliche Genitalverstümmelung bzw. -beschneidung (FGM/C): 2023 waren davon 34 % der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren betroffen.

Der Tschad ist eins der ärmsten Länder der Welt und gilt nicht nur als „low-income economy“, sondern auch als hochverschuldet. Aufgrund der schwach diversifizierten und kleinen Wirtschaft ist das Land abhängig von Ölexporten und Landwirtschaft und gilt als sehr krisenanfällig. 88 % der Bevölkerung leben von Subsistenzwirtschaft. Die menschliche Entwicklung ist entsprechend desaströs. Im HDI belegt das Land einer der letzten Plätze und so gut wie alle sozioökonomischen Indikatoren weisen auf die desaströse Lage hin, die sich auch in der schleppenden bis stagnierenden Zielerreichung der SDGs widerspiegelt. Nicht einmal die grundlegendsten Ziele scheinen sich zu verbessern. Zusätzliche Stressoren (wie bspw. ein hohes Bevölkerungswachstum oder zunehmende klimatische Extrembedingungen) werden die Lage in naher Zukunft vermutlich verschlimmern – außerdem stellen Korruption und bewaffnete Gruppen in der Region ein großes Entwicklungshindernis dar. Die Militärausgaben lagen in den vergangenen 10 Jahren bei durchschnittlich 2%, Gesundheitsausgaben bei 3,7 % und Bildungsausgaben bei 2,4 % des BIP. Das ohnehin stark militarisierte, hoch verschuldete LDC läuft also Gefahr, dass überhöhte Verteidigungsausgaben die Entwicklung des Landes negativ beeinflussen. Rüstungsexporte in den Tschad sind demnach in Hinblick auf Kriterium acht als kritisch zu bewerten.

## Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

### Deutsche Rüstungsexporte

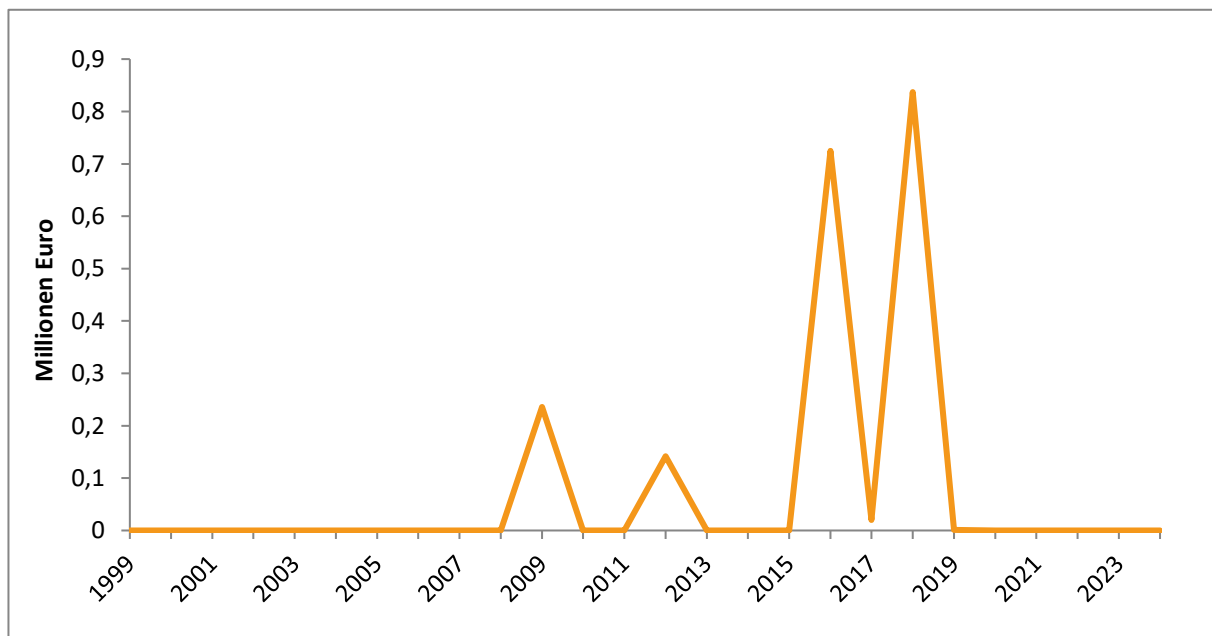
**Tabelle 1**  
*Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)*

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	---	---
2000	---	---
2001	---	---
2002	---	---
2003	---	---
2004	---	---
2005	---	---
2006	---	---
2007	---	---
2008	---	---
2009	Geländefahrzeug mit Sonderschutz (WFP Support Office): 53,7% Testgerät für Panzerabwehrwaffe: 27,6%	0,236
2010	---	---
2011	---	---
2012	Geländewagen mit Sonderschutz (Botschaft): 100%	0,142
2013	---	---
2014	---	---
2015	---	---
2016	Fahrzeugschutzsysteme und Teile für Fahrzeugschutzsysteme: 99,7%	0,725
2017	Gebläsefiltergeräte: 100%	0,002

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
2018	Minenräumausrüstung (Hilfsorganisation), Geländewagen mit Sonderschutz (VN-Mission, Botschaft) und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Minenräumausrüstung (Hilfsorganisation), ballistischen Schutz (VN-Mission): 100%	0,837
2019	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 100,0%	0,001
2020	---	---
2021	---	---
2022	---	---
2023	---	---
2024	---	---

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

**Schaubild 1**  
**Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024**



**Tabelle 2****Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Tschad 2000-2024**

Da in der SIPRI-Datenbank nur Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 2024 jedoch keine Großwaffensysteme an den Tschad geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, [https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade\\_register.php](https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php)

**Kommentar**

Der Tschad erhielt bislang keine größeren Rüstungslieferungen aus Deutschland. Erstmalig wurden 2009 Exporte an den zentralafrikanische Binnenstaat bewilligt. Endempfänger war aber das World Food Programm, welches Geländewagen mit Sonderschutz erhielt. Zusätzlich geliefert wurden 2009 auch Testgeräten für Panzerabwehrwaffen (wohl an die staatlichen Sicherheitskräfte) und Gewehre mit KWL-Nummer und zehn Maschinenpistolen, plus zugehörige Bestandteile (für die UN-Mission MINURCAT).

Seither wurden Fahrzeugschutzsysteme, gepanzerte Geländewagen für die Botschaft und Gebläsefiltergeräte – jeweils in einem finanziellen Volumen von unter einer Millionen Euro – geliefert. 2018 genehmigte die Bundesregierung darüber hinaus die Lieferung von Geländewagen mit Sonderschutz, Minenräumausrüstung und ballistischem Schutz für eine Botschaft, die Vereinten Nationen und Hilfsorganisationen.

In den Jahren 2000, 2002, 2006-2008 sowie 2011 wurden einige Rüstungsexporte in den Tschad nicht genehmigt. Die Bundesregierung begründete dies insbesondere mit der Missachtung der Menschenrechte und der prekären inneren Lage im Tschad. Zuletzt (2020 – 2023) wurden keine Ausfuhrgenehmigungen beantragt.

**Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland****Tabelle 3****Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Tschad 2020-2024, Mio. TIV<sup>1</sup>**

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	4	43	5	32	4	89

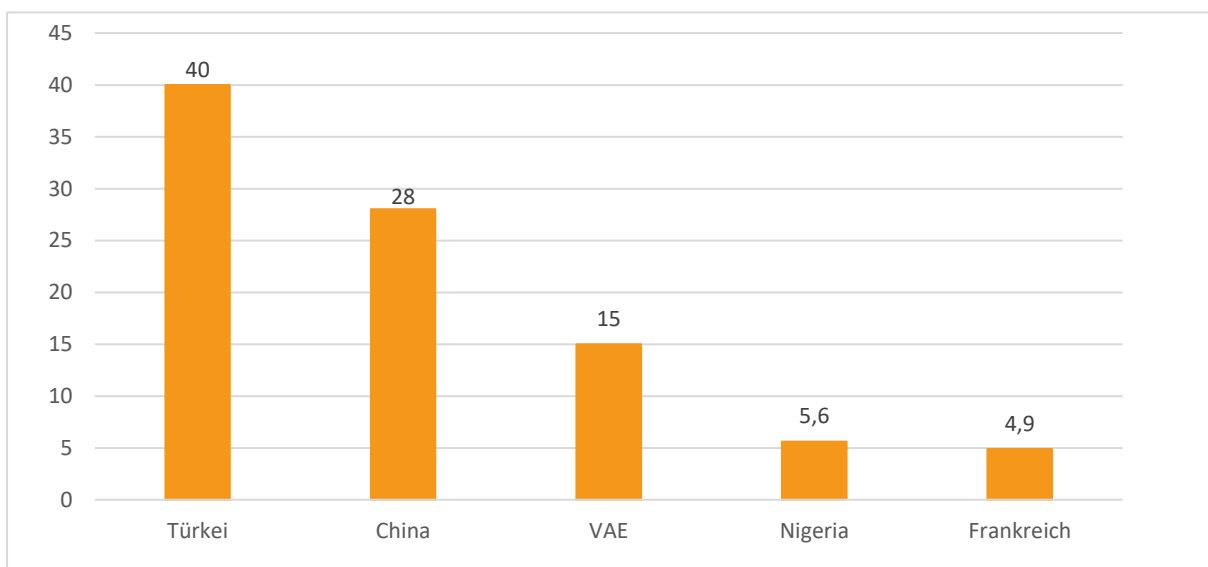
Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

<sup>1</sup> SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

**Tabelle 4****Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Tschad 2020-2024, Mio. TIV**

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme an den Tschad lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Schaubild 2****Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV**

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Kommentar zu den Waffenkäufen**

Da der Tschad über keinerlei eigene Rüstungsindustrie verfügt, ist das zentralafrikanische Land wesentlich von Rüstungsimporten abhängig, zu denen allerdings, wie in vielen anderen afrikanischen Staaten, in den vergangenen Jahren verhältnismäßig wenige moderne Großwaffensysteme gehörten. Laut SIPRI-Datenbank (Stand: August 2025) nahm der Tschad 2020 bis 2024 die 91. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

In den letzten fünf Jahren war die Türkei (mit 40 % aller Lieferungen) wichtigster Rüstungslieferant für den Tschad, gefolgt von China (28 %), den Vereinigten Arabischen Emiraten (15 %), Nigeria (rund 6 %) und Frankreich (rund 5 %).

So erhielt der Tschad aus der **Türkei** zwischen 2021 und 2023 60 neuwertige gepanzerte Fahrzeuge vom Typ NMS. Hinzu kamen 2023 zwei bewaffnete Anka Drohnen, drei Trainings-/Kampfflugzeuge des Typs Hurkus-C sowie 2024 eine bewaffnete Drohne vom Typ Aksungur. 2022 bestellte der Tschad zudem eine unbekannte Anzahl an türkischen CIRIT Luft-Boden-Raketen. Diese wurden bisher jedoch nicht ausgeliefert. Zuvor hatte die Türkei im Jahr 2018 20 gepanzerte Mannschaftstransporter (Ejder Yalcin) geliefert.

**China** lieferte 2021 zehn neuwertige Type-59G Kampfpanzer.

Auf dem dritten Platz rangieren die **VAE**, die 2021 vermutlich 60 neuwertige gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Terrier LT-79 und von 2023 bis 2024 13 Stück vom Typ Tygra E5 lieferten sowie 18 neuwertige vom Typ MCAV an den Tschad stifteten.

Auch **Nigeria** lieferte gepanzerte Mannschaftstransporter: So erhielt der Tschad zwischen 2021 und 2022 schätzungsweise 20 Stück vom Typ Ara-2.

**Frankreich**, als fünftwichtigster Rüstungslieferant des Tschad im genannten Zeitraum, lieferte zwischen 2019 und 2020 sieben Bastion Fahrzeuge, die durch EU-Hilfen finanziert wurden. Im Jahr 2021 erhielt der Tschad außerdem zehn Kampfpanzer (Type-59G), zwölf gebrauchte, ebenfalls gestiftete gepanzerte Fahrzeuge (ERC-90) inkl. zwei (gebrauchter) Ersatz-Dieselmotoren (Peugeot V-6).

In den vorangegangenen Jahren waren die **USA** der wichtigste Rüstungslieferant für den Tschad. So stifteten die USA zwei Cessna-208 Caravan Transportflugzeuge zur Luftraumüberwachung sowie 88 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ David. Seit 2017 schenken die USA dem Tschad zudem über 200 Pick-Up Trucks, sechs Boote sowie Ausrüstung zur medizinischen Versorgung und Kommunikation, um das Kontingent des Tschad für die G5 Sahel Joint Force bei ihrem Anti-Terror-Einsatz in der Tschadsee-Region zu stärken und den illegalen Handel in der Grenzregion zu Libyen einzudämmen (die letztgenannten Schenkungen sind jedoch nicht in der SIPRI-Datenbank gelistet). Auch die **Ukraine** gehörte lange zu den wichtigsten Rüstungslieferanten des Tschads: Sie verkaufte in den vergangenen Jahren unter anderem 122 gebrauchte BMP-1 sowie 12 BTR-3 Schützenpanzer, sechs ausgemusterte Mi-24 Kampfhubschrauber und zehn Suchoi Su-25 Kampfflugzeuge. Aus **Israel** importierte der Tschad zwischen 2006 und 2008 42 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ RAM-2000, von denen 2015 weitere elf Stück eintrafen.

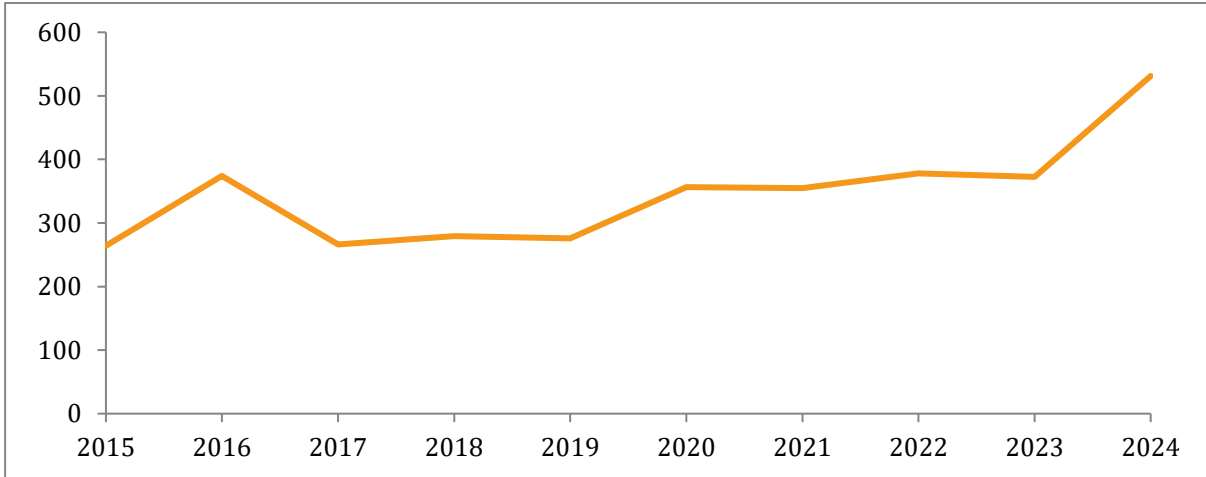
## Militärausgaben

**Tabelle 5**  
**Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	356	355	378	373	531
Anteil am BIP (in %)	2,2	2,1	2,0	2,1	3,0
Anteil an Staatsausgaben (in %)	15,4	14,9	14,6	11,7	17,2

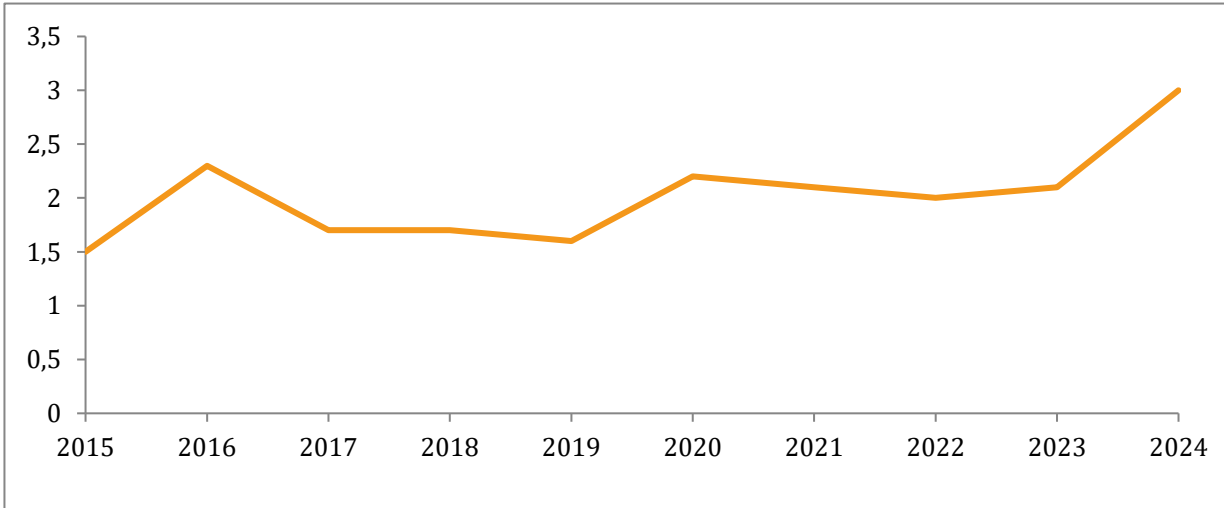
*Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.  
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database*

**Schaubild 3**  
**Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD**



Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.  
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Schaubild 4**  
**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in %)**



Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.  
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

### Lokale Rüstungsindustrie

Zu Zeiten des Kalten Krieges versorgten die USA und Frankreich den Tschad im Zuge ihrer Containment Politik umfassend mit gebrauchten Rüstungsgütern. Eine eigenständige Rüstungsindustrie hat sich auch nach der Unabhängigkeit 1960 nicht entwickelt. Abgesehen von Anlagen zur Wartung und Instandhaltung von Waffensystemen verfügt das Land derzeit über

keinerlei inländische verteidigungsindustrielle Kapazitäten. Deshalb ist der Tschad nach wie vor zur Ausstattung seiner Streitkräfte in hohem Maße von Importen aus dem Ausland abhängig. Teilweise werden geschmuggelte und durch tschadische Sicherheitskräfte konfiszierte Waffen und Munition in die nationalen Rüstungsbestände überführt.

Im Dezember 2014 wurde jedoch ein rüstungsindustrielles Kooperationsabkommen mit der Türkei unterzeichnet, dessen Genehmigung vom türkischen Präsidenten Erdoğan im Mai 2017 erfolgte. Darin verpflichten sich die Vertragsparteien zukünftig zur gemeinsamen Forschung, Entwicklung und Produktion von Waffensystemen. 2019 wurde zudem ein Abkommen öffentlich gemacht, das den Informationsaustausch, gemeinsame Operationen und Kooperation hinsichtlich Ausbildung, Logistik und Cybersicherheit und ebenso Kooperationen innerhalb der Verteidigungsindustrien vorsieht. Das Abkommen wurde so formuliert, dass weitere darüberhinausgehende Vereinbarungen möglich sind, aber nicht offengelegt werden müssen.

## Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja, 18 Monate.

### Box 1

#### Gesamtstärke der Streitkräfte

33.250 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 27.500

Luftwaffe: 350

Staatssicherheitsdienst: 5.400

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 11.900, davon:

Gendarmerie: 4.500

National and Nomadic Guard (GNNT): 7.400

Police Mobile Intervention Group (GMIP): k. A.

Quelle: IISS Military Balance 2025

### Tabelle 6

#### Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	30,4	30,4	30,4	33,2	33,2	33,2	33,2	33,2	33,2
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	2	1,9	1,9	2	1,9	1,9	1,8	1,7	1,6

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

## Kommentar

Das tschadische Militär umfasst 33.250 aktive Soldat:innen, untergliedert in drei Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Staatssicherheitsdienst. Hinzu kommen die Gendarmerie, die National and Nomadic Guard und die Police Mobile Intervention Group als paramilitärische Einheiten. Über eine Marine verfügt der Binnenstaat nicht.

Tschads Streitkräfte gelten als kampferfahren. Nachholbedarf besteht insbesondere auf doktrinärer Ebene und in den Bereichen Militärstrategie sowie Command and Control. Kampferfahrung sammelte die Armee in den Bürgerkriegen, im Kampf gegen Rebell:innenangriffe und in libysch-tschadischen Grenzkriegen. Die tschadischen Streitkräfte beteiligten sich auch am libyschen Bürgerkrieg 2011, bei dem Soldat:innen der Republikanischen Garde (Teilstreitkraft bis 2018) an der Seite Ghaddafis kämpften. Ein Infanterieregiment mit 1.200 Soldat:innen sowie zwei Unterstützungsbataillonen mit insgesamt 800 Soldat:innen unterstützten zudem die französische Operation Serval 2013 bei der Bekämpfung der Imuschar-Rebell:innen und fundamentalistischen Islamist:innen im Norden Malis.

Nach mehreren schweren Terroranschlägen im Jahre 2015 wurde die Personalstärke des Heeres um 5.000 Soldat:innen vergrößert. Derzeit liegt eine der Hauptaufgaben der tschadischen Sicherheitskräfte in der Bekämpfung dschihadistischer, bewaffneter Gruppen im Inland und in der Region. Die Streitkräfte des Tschads sind seit 1998 Teil der Multinational Joint Task Force (MNJTF), an der auch Kamerun, Benin, Niger (März 2025 ausgetreten) und Nigeria beteiligt sind und deren Hauptaufgabe die Durchführung von Anti-Terror-Operationen ist. Die MNJTF, deren Hauptquartier in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena liegt, verfügt über ziviles Personal und geschätzt 10.000 Soldat:innen.

Auch an der internationalen Eingreiftruppe G5 Sahel Joint Force (Tschad, Mali, Niger, Burkina Faso, Mauretanien) waren tschadische Soldat:innen beteiligt. Die G5 Sahel Joint Force wurde 2017 gegründet, um islamistische Extremist:innen in der Sahelzone mit strategischer und logistischer Unterstützung durch Frankreich - militärisch zu bekämpfen. Im Zuge der G5 leisteten französische und US-amerikanische Soldat:innen auch Ausbildungshilfe. Die Allianz löste sich offiziell am 6. Dezember 2023 auf, nachdem Mali im Mai 2022 und Niger und Burkina Faso am 3. Dezember 2023 ihren Austritt verkündeten.

Im Rahmen der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen (MINUSMA) befanden sich lange über 1.000 Soldat:innen in Mali, womit der Tschad der zweitgrößte Truppensteller war. Im Einsatz waren dabei eine Special-Forces-Kompanie sowie zwei Infanterie-Bataillone des Heeres. Probleme bereiteten den entsandten Streitkräften der Mangel an logistischen Kapazitäten. Die Mission wurde zum Ende 2023 beendet.

Durch den libyschen Bürgerkrieg kommt auch der nördlichen Grenzsicherung eine verstärkte Bedeutung zu. Bereits im Oktober 2017 wurden Teile der 2.000 im Niger stationierte Einheiten dorthin verlagert. Damit reagierte der ehemalige Präsident Idriss Déby auch auf die Aktivitäten von aus Libyen operierenden, oppositionellen Gruppen wie die Front for Change and Concord in Chad (FACT), das Military Command Council for the Salvation of the Republic (CCMSR) und die Union of Resistance Force (UFR), die 2008, 2009, im Februar 2019 und erneut 2021 versuchten, den Langzeitherrscher durch die Eroberung N'Djamenas zu stürzen.

Der allgemeine Zusammenhalt der Streitkräfte ist eher schwach und leidet an wiederkehrenden ethnischen Spannungen und mangelnder Disziplin.

## Bewaffnung der Streitkräfte

**Tabelle 7**  
**Heer**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	74	
Aufklärer	265	
Schützenpanzer	131	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	149	
Gepanzerte Nutzfahrzeuge	Mehr als 110	
Artillerie	Mehr als 34	
Panzerabwehr	Einige	Eryx, Milan, M40A1
Luftabwehr	Einige	Boden-Luft-Raketen (2K12 Kub, 9K310 Igla-1) und Geschütze (Shilka, ZU-23)

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

### Kommentar

Die Landstreitkräfte sind die größte Teilstreitkraft des zentralafrikanischen Binnenstaats, die auch über die umfangreichste Ausrüstung verfügt. Im regionalen Vergleich ist das Heer deutlich kampferfahrener und wesentlich stärker aufgestellt als in den Nachbarstaaten Kamerun, Niger oder der Zentralafrikanischen Republik. Einsatzfähigkeit und Schlagkraft des tschadischen Heeres werden allerdings durch größtenteils veraltete Waffensysteme beeinträchtigt. Es verfügt u. a. über 60 schwere, in der ehemaligen Sowjetunion produzierte T-55 Kampfpanzer. Außerdem halten die Streitkräfte 14 ZTZ-59G Kampfpanzer. Seit 2013 verfügen die Landstreitkräfte außerdem über 20 bis 30 WMA-301 Jagdpanzer aus China, eine modifizierte Exportversion des PTL-02 Assaulter.

Unter den 265 Spähpanzern befinden sich überwiegend veraltete Modelle wie die sowjetischen BRDM-2 oder Französische Modelle wie ERC-90F und AML-60/90 – letztere sind Schenkungen Frankreichs aus den 1980er Jahren. Moderner sind lediglich die 30 gepanzerten Truppentransporter vom Typ RAM-2000 aus Israelischer Produktion oder die 22 französischen Mannschaftstransporter vom Typ Bastion Patsas, die 2012 geliefert wurden. Die Mehrzahl der 131 Schützenpanzer sind veraltete BMP-1 Modelle, die 2008 gebraucht aus der Ukraine importiert wurden. Auch die Waffen der Artillerie und die Kapazitäten zur Panzer- und Luftabwehr sind überwiegend veraltet.

Überdies setzt die Armee des Tschad auch Pick-Ups und Trucks wie Toyota Hilux u. A. sog. Technicals - als Träger für schwere Maschinengewehre und unterschiedlichen Flugabwehrgeschütze der ZPU-Familie. Gegenwärtig werden diese insbesondere zur Bekämpfung bewaffneter Gruppen wie Boko Haram eingesetzt. Dazu erhielten die an der Grenze zu Libyen eingesetzten tschadischen Spezialkräfte im Februar 2017 86 neue Fahrzeuge aus den USA. Im November 2018 stifteten die USA unter anderem sechs Boote (zur Überwachung des Tschadsees) und sechs Kleinlastwagen; im Juli 2019 lieferten sie 16 Lastwagen, modernes Kommunikationsequipment sowie weitere 80 Toyota Land Cruiser an die tschadische Armee. Im Juli 2020 stifteten sie weitere 28 gepanzerte Fahrzeuge, zehn Lastwagen, acht Wasser-tankwagen und zwei Wartungsfahrzeuge.

**Tabelle 8**  
**Luftwaffe**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeug	1	Eingelagert
Erdkampfflugzeuge	10	Davon drei eingelagert
Aufklärer	2	
Transportflugzeuge	10	Davon 3 Passagierflugzeuge
Ausbildungsflugzeuge	7	Davon 3 kampffähig
Kampfhubschrauber	5	
Mehrzweckhubschrauber	8	
Transporthubschrauber	2	
Drohnen	3	Alle kampffähig
Raketen	Einige	CIRIT

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

### Kommentar

Mit 350 Soldat:innen verfügt der Tschad über eine relativ kleine Luftwaffe, die aber durch die französische Ausbildung mittlerweile dazu befähigt wurde, eigenständig Kampfeinsätze zu fliegen. Dazu stehen der Luftwaffe gegenwärtig ein MiG-29S Abfangjäger, zehn Su-25 Kampfflugzeuge sowie fünf Mi-24V Kampfhubschrauber zur Verfügung. Auch drei der sieben Trainingsflugzeuge sind bewaffnet. Die Beschaffung der zehn gebrauchten Suchoi Su-25 Kampfflugzeuge aus der Ukraine hat die luftgestützten Kapazitäten für Bodenangriffe wesentlich verbessert. Durch die US-amerikanische Schenkung von zwei Cessna 208B Caravan (in den USA mit ISR-Kapazitäten ausgestattet) konnten auch die Luftaufklärungs- und Überwachungsfähigkeiten erheblich verbessert werden, welche insbesondere für die Bekämpfung des Terrorismus in der Region von erheblicher Bedeutung sind.

Der Import von zwei italienischen Maschinen des Typs Leonardo C-27J verbesserte ab 2013 auch die Transportkapazitäten der Luftwaffe. Denn der überwiegende Anteil der zur Verfügung stehenden Transportflugzeuge, wie die C-130 Hercules von 1989 sowie die ehemals sowjetischen Maschinen vom Typ An-26, sind veraltet. Zum Transport stehen den Luftstreitkräften zudem zur Verfügung: Zwei Mi-171 Transporthubschrauber, drei Mi-17, zwei SA316 (aus französischer Produktion) sowie drei AS-550C2 Fennec Mehrzweckhubschrauber, die zwischen 2009 und 2010 gebraucht aus Singapur importiert wurden. Berichten zufolge beschädigte ein Sturm im Juli 2017 rund 20 % der Ausstattung der tschadischen Luftflotte auf der Militärbasis in N'Djamena. Betroffen waren neben dem in der Schweiz produzierten Mehrzweckflugzeug drei Airbus-Mehrzweckhubschrauber Fennec, zwei der zehn Bodenangriffsflugzeuge vom Typ Su-25UB sowie der MiG-29 Abfangjäger sowjetischer Bauart. Beim Wiederaufbau wurde der Tschad u. a. von den USA unterstützt.

Gegenwärtig liegt die wesentliche Aufgabe in der Bekämpfung von Islamist:innen- und Rebell:innengruppen wie Boko Haram und FACT. Dazu operiert die tschadische Luftwaffe gelegentlich auch im Luftraum von Nachbarstaaten (z. B. Nigeria). Im Februar 2019 bombardierten Kräfte der tschadischen und der unterstützenden französischen Luftwaffe gemeinsam aus Libyen vorrückende Rebell:innen der Union der Widerstandskräfte (UFR). Neben dem innerstaatlichen Einsatz gegen Rebell:innengruppen flog die Luftwaffe im Darfur-Konflikt 2009 auch Angriffe auf Ziele im Sudan.

## Box 2 *Peacekeeping*

*Westsahara (MINURSO): 4 Soldat:innen*

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

## Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Das Militär spielt im Tschad eine wichtige, wenngleich problematische Rolle. Mehrere Militärputsche prägen bis heute die politische Geschichte. Der erste tschadische Präsident François Tombalbaye wurde 1975 bei einem Putsch durch die Gendarmerie getötet. Es folgte eine dreijährige Militärherrschaft unter General Félix Malloum. Auch Hissène Habré, der viele Jahre Rebell:innenführer der Nationalen Befreiungsfront Tschads (FROLINAT) war und dann von 1982 bis zu seiner Absetzung 1990 den Tschad diktatorisch regierte, drängten die bewaffneten Truppen des bis April 2021 amtierenden Präsidenten Idriss Déby aus dem Amt. Idriss Déby war ausgebildeter Kampfpilot und Kommandeur im ersten Bürgerkrieg zwischen 1965 und 1979, in dem die Regierung gegen die FROLINAT kämpfte. Bis zuletzt stützte das Militär die Macht des Präsidenten.

Es bekämpft im Inneren nicht nur dschihadistische Milizen, sondern richtet sich, beispielsweise in Form der Niederschlagung von Demonstrationen, auch repressiv gegen die Zivilbevölkerung. So schlugen etwa vor und nach der Präsidentschaftswahl im April 2016 Sicherheitskräfte, die von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen initiierten, friedliche Proteste und Streiks gegen eine fünfte Amtszeit Débys gewaltsam nieder. In allen

größeren Städten des Landes gab es Tote und Verletzte unter den vorwiegend jugendlichen Demonstrierenden.

1991 erfolgte mit französischer Unterstützung eine Umstrukturierung des Militärs, die unter anderem das Ziel hatte, es in ethnischer Hinsicht zu pluralisieren und damit die Dominanz der ethnischen Gruppe des damaligen Präsidenten Idriss Déby (Zaghawa) zu beschränken. Dies blieb jedoch weitestgehend erfolglos. Noch heute ist die ethnische Gruppe der Zaghawa überproportional im tschadischen Militär vertreten.

Zwischen 1998 und den frühen 2000er Jahren kam es zu einer weiteren Reorganisation des Militärs. Nachdem die Regierung 2004 festgestellt hatte, dass sie 24.000 Soldat:innen bezahlte, obgleich in der Realität lediglich 19.000 Personen existierten, entließ sie mehrere ranghohe Offizier:innen. Dies führte vermutlich zur Meuterei des Militärs im Mai 2004, an der sich überwiegend Mitglieder der Republikanischen Garde beteiligten und die nach kurzer Zeit scheiterte. Viele Mitglieder dieser bis dahin 5.000 Soldat:innen umfassenden militärischen Einheit desertierten nach Beginn des Bürgerkriegs 2005 (siehe auch Kapitel „[Spannungen und innere Konflikte](#)“) und formierten sich im Osten des Landes unter dem Namen „Socle pour le changement, l’unité nationale et la démocratie“ (abgekürzt SCUD). Sie griffen Kasernen an und erbeuteten dabei staatliche Waffen. Im Oktober 2015 wurde die Garde per Dekret aufgelöst und durch die DGSSIE, eine präsidiale Eliteeinheit, ersetzt.

Im November 2018 strukturierte Déby seinen Sicherheitsapparat erneut um, indem er General Daoud Yaya, der zuvor Chef der Gendarmerie war, zum Verteidigungsminister machte. Alle Reformen im Sicherheitsapparat dienten Déby dazu, seine Macht zu festigen.

Das gesellschaftliche Vertrauen in das Militär im Tschad ist gering. Ursachen dafür sind die hohe Korruption, Patronage und Klientelismus. Vielerorts kann die Armee die Sicherheit nicht gewährleisten. Im Nordwesten beispielsweise vertrauen die Menschen den Soldat:innen nicht, da diese im Namen der Terrorismusbekämpfung die traditionellen Routen für den grenzüberschreitenden Viehhandel mit Nigeria und Niger sperren. Außerdem erhebt die Bevölkerung den Vorwurf, dass sich das Militär das beste Land um den Tschadsee sicherte. Es habe zudem die Bevölkerung, die ihren Lebensunterhalt bisher überwiegend mit Fischfang bestritt, von den meisten Inseln im tschadischen Teil des Sees vertrieben. Die Menschen, vor allem in der Region um den Tschadsee herum, fürchten nicht nur die islamistische Miliz Boko Haram, sondern auch die Gewaltanwendung durch das Militär im Zuge des Anti-Terror-Kampfes. So verweist Amnesty International darauf, dass tschadische Militärs Menschenrechtsverletzungen im Zuge der Multinational Joint Task Force (MNJTF) gegen Boko Haram begangen haben (darunter außergesetzliche Tötungen, Entführungen und Folter). Gleichzeitig herrsche ein Klima der Straflosigkeit, denn es seien keine Fälle bekannt, in denen Soldat:innen, die unter dem Verdacht stehen, Menschenrechte verletzt zu haben, strafrechtlich verfolgt würden.

Nach dem Tod des kurz zuvor wiedergewählten Präsidenten Idriss Déby Itno im April 2021 übernahm sein Sohn, Mahamat Déby, die Macht. Nach anfänglichen Befürchtungen, dass dies zu weiterer Unsicherheit im Land beitragen würde, scheint sich dessen Macht jedoch konsolidiert zu haben. Er wurde im Mai 2024 offiziell gewählt, womit die zuvor geltende Übergangsperiode beendet wurde. Die Wahl wird seitens der Opposition als unrechtmäßig bzw. manipuliert bezeichnet. Nach Verkündung der Ergebnisse kam es zu Zusammenstößen zwischen Unterstützern:innen Déby's und des oppositionellen Lagers um Succes Masra. In N'djamena soll es dabei zu Feuertreffen gekommen sein, in deren Zuge 12 Menschen

getötet und 90 weitere verletzt wurden. Die Armee brachte die Lage durch Entsendung von Truppen schließlich unter Kontrolle und stellte sich damit hinter den (neuen) Präsidenten.

## Polizei und andere Sicherheitskräfte

**Tabelle 9**

**Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)**

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Der tschadische Sicherheitsapparat besteht neben der Armee aus der Gendarmerie, die dem Verteidigungsministerium untersteht, sowie der Nationalpolizei, die wiederum dem Ministerium für Öffentliche Sicherheit und Immigration gegenüber berichtspflichtig ist. Die Gendarmerie umfasst 4.500 Personen. Neben der Gendarmerie gibt es noch die National und Nomadic Guard (GNNT) und die Police Mobile Intervention Group (GMIP).

Polizei und Gendarmerie gelten als schlecht ausgestattet und mangelhaft ausgebildet. Dadurch können sie ihrer Aufgabe, für öffentliche Sicherheit zu sorgen, nur begrenzt nachkommen. Besonders in ländlichen Regionen sind sie - wenn überhaupt - nur eingeschränkt präsent. Die Grenzpolizei sieht sich aktuell insbesondere mit dem Problem der transnationalen, organisierten Kriminalität in Form von Schmuggel und illegalem Handel mit Menschen, Drogen, Waffen und Munition konfrontiert. Für diese Aufgaben ist sie kaum vorbereitet. Im Zuge der G5 Sahel – einem Regionalbündnis, in dem Burkina Faso, Mauretanien, Mali, Niger und Tschad zusammenarbeiteten – wurden auch Polizeiangestellte in ihrem Umgang mit grenzüberschreitender Kriminalität geschult. Das Bündnis löste sich jedoch Ende 2023 auf, so dass dieser Teil der Ausbildung entfällt.

Korruption ist im Sicherheitsapparat weit verbreitet. Dem Corruption Perceptions Index der Nichtregierungsorganisation Transparency International zufolge erreichte der Tschad 2024 21 von 100 möglichen Punkten und landete damit auf Platz 158 von 180. Auch die Bertelsmann Stiftung verweist in ihrem Länderbericht 2020 darauf, dass Korruption unter Sicherheitskräften im Tschad üblich ist. Dies werde durch ein Klima der Straflosigkeit noch begünstigt. Gleichzeitig drohen jenen Personen, die über Korruptionsfälle berichten, Diskriminierung und Repressalien (beispielsweise Verhaftungen oder Geldstrafen). Lokale Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen berichteten außerdem, dass Teile der justiziellen Polizei – diese ist innerhalb der Nationalpolizei angesiedelt und ist autorisiert, Verhaftungen vorzunehmen – nicht immer gerichtliche Urteile gegen Militärpersonal oder Angehörige der eigenen ethnischen Gruppe umsetzen.

Problematisch ist auch die Verletzung von durch die Verfassung garantierten Schutzrechten durch tschadische Sicherheitskräfte, beispielsweise von inhaftierten Personen. Oftmals werden Inhaftierte lange ohne Anklage und ohne Zugang zu Rechtsbeistand festgehalten.

Die Haftbedingungen im Tschad gelten Freedom House zufolge als „gefährlich“. Darüber hinaus werden tschadischen Sicherheitskräften außergesetzliche Tötungen und Folter vorgeworfen. Staat und Justiz verfolgen solche Fälle nur mangelhaft.

Das Regime Débys setzte die Sicherheitskräfte auch zur Niederschlagung von zivilen Protesten ein. Bei Protesten, die die Opposition anlässlich der Wahlen 2016 organisiert hatte, setzten Polizeikräfte exzessiv Gewalt ein und töteten und verletzten zahlreiche Personen. Oppositionelle, die kurz nach der Wahl in staatlichen Gewahrsam genommen worden waren, „verschwanden“ (siehe auch Kapitel „[Achtung der Menschenrechte im Empfängerland](#)“). Auch bei der Verlängerung der Übergangsregierung und den Neuwahlen im Mai 2024 kam es zu der gewaltvollen Niederschlagung von Protesten.

## Diversität in den Streitkräften

Seit 2004 sind Frauen ab dem 21. Lebensjahr verpflichtet, entweder einen zwölfmonatigen Militär- oder Zivildienst zu leisten. Öffentliche und belastbare Daten zum Frauenanteil in den tschadischen Streitkräften liegen jedoch weiterhin nicht vor. Der Nationale Aktionsplan zu Women, Peace and Security (WPS) weist selbst auf diese Datenlücke hin und formuliert als Ziel, den Anteil von Frauen in Armee und Polizei zu erfassen. Da auch 2026 keine entsprechenden Zahlen veröffentlicht wurden, ist davon auszugehen, dass diese Datenerhebung bislang entweder nicht durchgeführt oder nicht öffentlich zugänglich gemacht wurde. Der Aktionsplan sieht darüber hinaus vor, den Frauenanteil in Armee und Polizei bis 2027 auf 30 % zu erhöhen. In welchem Umfang der Tschad bei der Umsetzung dieses Ziels Fortschritte erzielt hat, lässt sich mangels verfügbarer Regierungsberichte oder öffentlich zugänglicher Evaluierungen derzeit nicht nachvollziehen.

## Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

### Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](#)).

### Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 10

#### Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Nicht beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba) von 2006	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

### Kommentar

Der Tschad ist den jüngsten Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten, zahlreichen anderen wichtigen Abkommen allerdings nicht. Am 25. September 2013 hat das zentralafrikanische Land den Arms Trade Treaty unterzeichnet (ratifiziert: März 2015), der auf internationale Standards für den Handel mit Waffen abzielt. Damit soll unter anderem auch dem illegalen Waffenhandel vorgebeugt werden. Der Nicht-Beitritt zu Konventionen wie dem Verbot bestimmter konventioneller Waffen, dem Chemiewaffenprotokoll oder Atomwaffen ist jedoch äußerst kritisch.

Gegen den Tschad ist derzeit weder von der Europäischen Union noch von den Vereinten Nationen ein Waffenembargo verhängt.

### Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

#### Tabelle 11

#### *Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen*

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Unterschrieben, nicht ratifiziert	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### Box 3

#### Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026

*President Mahamat Idriss Déby consolidated power in 2025 after winning the 2024 presidential election, which was criticized by the opposition for irregularities. Constitutional changes approved in 2025 extended presidential terms from five to seven years and removed term limits, effectively enabling Déby to remain in power indefinitely, subject to holding elections every seven years.*

*Political opposition operated in a restrained environment. Opposition leader Succès Masra, who contested the 2024 election, was arrested and later sentenced to 20 years in prison. Activists, party members, and journalists were subjected to intimidation and arrest.*

*An amnesty law, shielding perpetrators of abuses connected to the October 2022 protests from legal accountability, continued to close all debate on justice three years on.*

*Intercommunal violence in southern and eastern Chad persisted in 2025, especially between herders and sedentary farming communities, with dozens killed in several incidents. Displacement from these clashes, as well as from the conflict in neighboring Sudan, stressed humanitarian capacity. Refugee flows from Sudan into Chad continued. Chad was one of the hardest hit countries in the region from floods in late 2024 and early 2025, worsening food insecurity.*

*Reparations for victims of abuses under former President Hissène Habré made little progress in 2025 after partial payments began in 2024. Those 2024 payments were still far below court-ordered amounts.*

*Quelle: Human Rights Watch, World Report 2026: Chad*

*<https://www.hrw.org/world-report/2026/country-chapters/chad>*

### Box 4

#### Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026

*Inter-communal violence led to many killings, including a massacre of herders in Mandakao. The violence displaced thousands and revealed serious gaps in systems for violence prevention, protection of lives and access to justice. Authorities curtailed civic space by warning journalists against "parallel investigations" into the Mandakao killings, and by dissolving or banning civil society organizations. Education needs remained acute, with 849,000 children out of school in eastern Chad. Authorities adopted a law on the prevention of violence against women and girls, but high prevalence and under reporting of gender-based*

*violence continued.*

Quelle: Amnesty International Report 2026

<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/0320/2026/en/>

## Box 5

### **Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2025**

*Bewertung für den Tschad auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:*

*Bürgerliche Rechte: 14/60*

*Politische Rechte: 1/40*

*Gesamtbewertung: Nicht frei (15/100)*

*Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.*

## Box 6

### **Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025**

*The death of longtime President Idriss Déby Itno in 2021 triggered a military coup that installed his son, Mahamat Idriss Déby Itno, as a transitional president. A new constitution was approved in a flawed referendum process in 2023, and Mahamat Déby consolidated his hold on power through similarly undemocratic elections in 2024. Opposition to his continued rule has generated protests by political and civil society activists, who in turn have faced violence, imprisonment, torture, and intimidation at the hands of security forces. Multiple insurgencies led by rebel factions in the north, the civil war in neighboring Sudan, and the activities of the Islamist militant group Boko Haram around Lake Chad continue to threaten physical security.*

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/chad/freedom-world/2025>

## Kommentar

Die Menschenrechtslage im Tschad ist kritisch. Das Land zählt zu den repressivsten Regimen des Kontinents. Bereits 2004 hob Präsident Idriss Déby die verfassungsmäßige Beschränkung auf zwei Amtszeiten auf und baute seine Machtposition in den folgenden Jahren kontinuierlich aus. Im April 2018 verabschiedete das Parlament – von der Opposition boykottiert – eine Verfassungsänderung, die das Amt des Regierungschefs abschaffte und ein reines Präsidialsystem ohne Vize- und Regierungschef etablierte. Im September 2025 verlängerte die Nationalversammlung mit überwältigender Mehrheit die Amtszeit des Präsidenten von fünf auf sieben Jahre und hob zugleich die Begrenzung auf Wiederwahlen auf.

Der Raum für Zivilgesellschaft ist eng. Die Regierung unterdrückt die Opposition massiv, besonders vor Wahlen. Die Präsidentschaftswahlen 2016 und 2021, aus denen jeweils der amtierende Staatspräsident Idriss Déby als Sieger hervorging, wertete die Opposition als unrechtmäßig. Auch die Wahlen von 2024, bei denen sein Sohn Mahamat Idriss Déby die Nachfolge antrat, bezeichneten die Opposition und internationale Menschenrechtsorganisationen als weder glaubwürdig noch fair.

Die politische Opposition agiert unter extremen Druck: Die Behörden verfolgen, inhaftieren und töten Oppositionelle. Am 28. Februar 2024 töteten Sicherheitskräfte den führenden Oppositionspolitiker Yaya Dillo bei einer Durchsuchung des Parteihauptquartiers seiner Partei (Sozialistische Partei ohne Grenzen, PSF) in N'Djamena. Anschließend verhafteten die Behörden zahlreiche PSF-Mitglieder sowie Angehörige von Dillos Familie und überstellten sie in das Hochsicherheitsgefängnis Koro Toro. Die Todesumstände sind bis heute ungeklärt.

In der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen belegt der Tschad 2026 Platz 93 von 180 Staaten. Medienschaffende, die das Regime, die hohe Korruptionsrate oder die weitreichende Armut kritisieren, riskieren Bedrohung, Einschüchterung oder Strafverfolgung. Obwohl die Verfassung Pressefreiheit formal garantiert, schränken die Behörden sie massiv ein. Willkürliche Verhaftungen treiben Medienschaffende in die Selbstzensur. Hinzu kommt, dass sich die meisten Medienunternehmen entweder in staatlichem oder im Besitz von Privatpersonen mit engen Verbindungen zum Regime befinden, weshalb unabhängige Berichterstattung kaum existiert.

Die im Zuge des Anti-Terror-Kampfes verschärften Sicherheitsmaßnahmen verstärken den Druck nach innen. Im Januar 2017 erweiterte die Regierung die Kompetenzen des Geheimdienstes und verengte damit den Handlungsspielraum von Opposition und Zivilgesellschaft weiter. Abgeordnete und Gewerkschafter:innen, die schlechte Regierungsführung, Korruption und extreme Armut anprangern, leben ständig unter der Gefahr staatlicher Repressalien. Willkürliche Verhaftungen von Oppositionspolitiker:innen flankiert eine korrupte Justiz.

## **Geschlechtsspezifische Gewalt**

Gewalt gegen Frauen bleibt im Tschad weit verbreitet. Nach den neuesten verfügbaren Daten aus dem Jahr 2023 haben 29 % der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren mindestens einmal körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch einen aktuellen oder ehemaligen Partner erfahren. 15 % der Frauen über 15 Jahren waren innerhalb der letzten zwölf Monate von solcher Gewalt betroffen. Ebenfalls weiterhin verbreitet ist die weibliche Genitalverstümmelung bzw. -beschneidung (FGM/C): 2023 waren davon 34 % der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren betroffen.

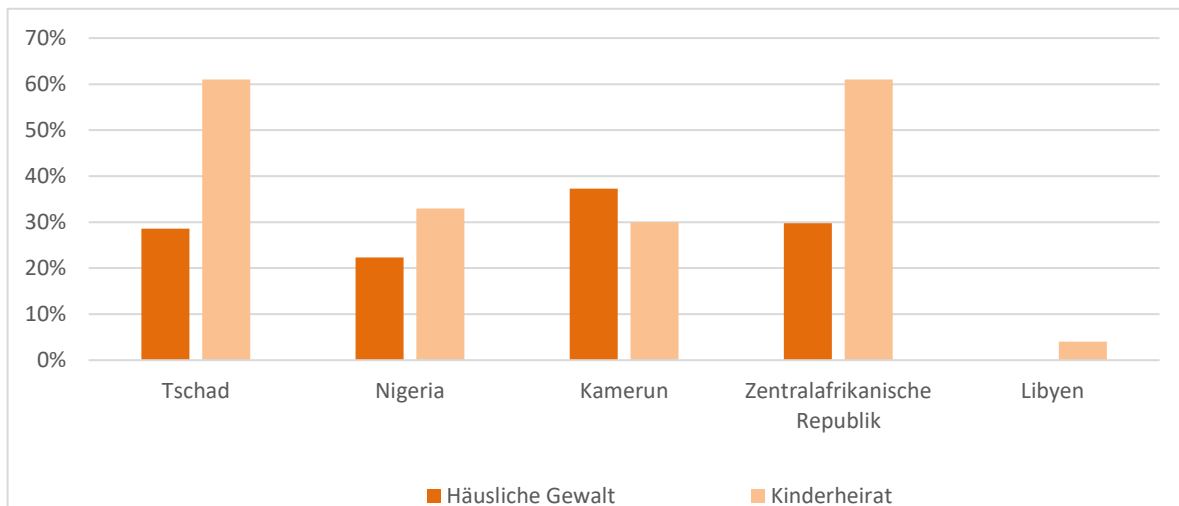
Auch Kinderehen bleiben ein erhebliches Problem. Während 1994 rund 70 % der Mädchen vor Vollendung des 18. Lebensjahres verheiratet wurden, lag dieser Anteil 2019 – dem zuletzt verfügbaren Wert – weiterhin bei 61 %. Damit liegt der Tschad deutlich über dem Durchschnitt Zentralafrikas.

Besonders gefährdet sind Frauen und Mädchen, die vor dem Konflikt im Sudan in den Tschad geflohen sind. Unsichere Unterkünfte und Sanitäreinrichtungen, mangelnde Beleuchtung sowie der eingeschränkte Zugang zu Wasser und Brennholz zwingen viele Frauen und Mädchen dazu, weite Strecken außerhalb der Flüchtlingslager zurückzulegen. Dies erhöht das Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt erheblich.

Ein umfassendes Gesetz, das sämtliche Formen von Gewalt gegen Frauen erfasst, existiert im Tschad bislang nicht. Einzelne Gewaltformen wie häusliche oder sexuelle Gewalt sind vielmehr in verschiedenen allgemeinen oder spezialgesetzlichen Vorschriften geregelt. Vergewaltigung ist strafbar; die gesetzliche Definition stützt sich jedoch nicht auf das Prinzip der fehlenden Einwilligung und erfasst Vergewaltigung in der Ehe nicht ausdrücklich. Darüber

hinaus sieht das geltende Recht vor, dass der Ehemann das gemeinsame Vermögen verwaltet und dieses ohne Zustimmung der Ehefrau verkaufen, übertragen oder belasten kann.

**Schaubild 5**  
**Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region:**  
**Prävalenz Häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %**



Quellen: UN Women Database on violence against women; [Country Detail Page | UN Women Data Hub](#); Child Marriage Data Portal; [Country Profiles | Child Marriage Data Portal](#).

Häusliche Gewalt meint hier Frauen, die mindestens einmal physische und/oder sexuelle Gewalt durch aktuelle oder vergangene Intimpartner erlebt haben; Kinderehe umfasst Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren, die vor ihrem 18. Lebensjahr verheiratet waren.

## Innere Lage im Empfängerland

### Box 7

#### Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

The period under review was marked by efforts of the ruling elite to end the transition period, retain power and legitimize their authority through elections. Most government actions focused on this objective. The process began with voter registration in August and September 2023. The varying time frames for organizing and holding the elections favored regions traditionally more supportive of the transitional regime and the Déby government.

The constitutional referendum in December 2023 only permitted a decision supporting the central government solution favored by the transitional government. Presidential elections in May 2024 and triple elections – parliamentary, provincial and local – in December 2024 concluded the transitional period. According to state electoral authorities, Mahamat Déby, (step-)son of longtime autocratic ruler Idriss Déby, won the presidential election with 61% of the vote. The former ruling party, the Movement patriotique du salut (MPS), secured 144 of the 188 seats in parliament. Like his father Idriss, Mahamat Déby can continue to govern without any parliamentary oversight or checks and balances.

*The weak political opposition has either participated in or been eliminated during the transition process. Succès Masra, leader of the Les Transformateurs party, returned from a year in exile after the deaths of hundreds of demonstrators on "Black Thursday" in October 2022. He was appointed prime minister in January 2024, presumably as a reward for his support of the transitional authorities during the referendum. He also ran for president but finished second to Déby. For the first time in Chadian history, both a president and his prime minister competed for the same office.*

*Other political opponents did not survive their opposition to Déby: Yaya Dillo, a cousin of Déby and potential rival in the presidential elections, was shot and killed by security forces in February 2024.*

*The small opposition boycotted the triple elections in December 2024. Intimidation and repression of the opposition, journalists and CSOs continued.*

*Quelle: [BTI 2026 Chad Country Report: BTI 2026](#)*

### **Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)**

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erreichte der Tschad 22 von 100 möglichen Punkten (2024: 21 Punkte). Damit hat es genauso viele Punkte wie Honduras, Russland und Zimbabwe erzielt. Zum Vergleich: Deutschland erreichte 77 Punkte.

*Quelle: [Corruption Perceptions Index 2025 - Transparency.org](#)*

### **Spannungen und innere Konflikte**

Der Tschad ist seit seiner Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960 von gewaltsamen Konflikten geprägt. Ursache sind vor allem ethnische, religiöse und geografische Spannungen: Im Norden leben überwiegend nomadisch-muslimische Gruppen, im fruchtbaren Süden vor allem sesshafte, christlich geprägte Bevölkerungen, die während der Kolonialherrschaft politische und militärische Vorteile erhielten. Diese Ungleichgewichte lösten 1965 den ersten Aufstand aus und führten 1966 zur Gründung der Rebellenbewegung FROLINAT, die einen jahrzehntelangen Bürgerkrieg entfachte. Im Verlauf der Kämpfe wurde Präsident Tombalbaye 1975 getötet. Nach wechselnden Machtkonstellationen zwischen Nord- und Südgruppen, einer libyschen Intervention von 1978 bis 1987 und weiteren bewaffneten Auseinandersetzungen übernahm Idriss Déby 1990 durch einen Militärputsch die Macht. Er ersetzte die ethnische Dominanz des Südens durch die seiner eigenen Gruppe, der Zaghawa, und provozierte damit neue bewaffnete Widerstände. Zuletzt kämpfte die Rebellenbewegung MDJT gegen die Regierung, bevor sie 2003 nach einem Waffenstillstand in die Streitkräfte integriert wurde.

Nachdem Idriss Déby 2005 die Verfassung ändern ließ und die Begrenzung der Amtszeiten des Präsidenten aufhob, verlor ein großer Teil der Opposition die Hoffnung auf einen politischen Machtwechsel. In der Folge begann ein neuer Bürgerkrieg. 2006 griff die Rebellenallianz Vereinte Front für den Wechsel (FUC) die Hauptstadt an, scheiterte jedoch mit französischer Gegenhilfe an den Regierungstruppen. Bis 2010 lieferten sich Regierung und vom Sudan unterstützte Rebell:innengruppen wie die UFR (Union of Forces for the Resistance), die FACT (Front pour l'alternance et la concorde au Tchad) und die CCMSR (Conseil de

commandement militaire pour le salut de la République) zahlreiche Gefechte. Zwar beendete ein Abkommen zwischen dem Tschad und dem Sudan den Bürgerkrieg offiziell im Jahr 2010, doch die Sicherheitslage blieb instabil. Viele Rebell:innengruppen zogen sich nach Darfur oder Libyen zurück und bedrohten weiterhin die Regierung. So verhinderten die Behörden 2013 einen mutmaßlichen Putschversuch, und 2019 stoppte Frankreich einen Vorstoß der UFR. Auch 2021 drangen erneut Kämpfer:innen der FACT in den Tschad ein.

Idriss Déby starb 2021 unter ungeklärten Umständen bei einem Truppenbesuch im Norden des Landes während Kämpfen mit Rebell:innen. Anschließend übernahm sein Sohn Mahamat Déby durch einen Militärputsch die Macht und kündigte Neuwahlen an. Die zunächst für innerhalb von 18 Monaten geplanten Wahlen verschob die Übergangsregierung jedoch um weitere zwei Jahre. Die Entscheidung löste im Oktober 2022 Proteste aus, bei denen mindestens 50 Menschen starben und rund 300 verletzt wurden. Gleichzeitig löste die Militärführung das Parlament auf und setzte die Verfassung außer Kraft. Erstmals versuchte die Regierung jedoch auch, Teile der Opposition einzubinden. So ernannte sie den bekannten Oppositionspolitiker Mahamat Ahmat Alhabo zum Justizminister und Lydie Beassemda zur Bildungsministerin. Insgesamt gehören neun Frauen der Übergangsregierung an; zudem schuf die Regierung ein „Ministerium für Nationale Versöhnung“.

Am 6. Mai 2024 gewann Mahamat Idriss Déby die Präsidentschaftswahl laut offizieller Wahlkommission mit 61 % der Stimmen. Sein wichtigster Gegenkandidat Succès Masra erklärte sich bereits vor der Bekanntgabe der Ergebnisse selbst zum Sieger, scheiterte jedoch später mit seiner Wahlanfechtung. Mehrere NGOs und Oppositionsgruppen stellten die Glaubwürdigkeit der Wahl infrage, da die Behörden prominente Oppositionelle bereits im Vorfeld ausgeschlossen hatten. Nach der Verkündung der Ergebnisse kam es in mehreren Städten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhänger:innen der politischen Lager. Die Armee griff zugunsten Débys ein und löste die Proteste gewaltsam auf.

Auch auf lokaler Ebene kommt es regelmäßig zu gewaltsamen Konflikten, insbesondere um landwirtschaftliche Nutzflächen und Wasserressourcen. Nach staatlichen Angaben starben seit August 2019 mehr als 50 Menschen bei Auseinandersetzungen zwischen Viehzüchter:innen – überwiegend Angehörigen der Zaghawa – und sesshaften Bäuer:innen in der östlichen Provinz Ouaddai. Präsident Déby verschärfte die Spannungen zusätzlich, indem er zentrale Staatsämter mit Angehörigen seiner eigenen ethnischen Gruppe besetzte. Im August 2019 verhängte die Regierung deshalb den Ausnahmezustand in der Region Tibesti an der Grenze zu Niger sowie in den sudanesischen Grenzregionen Sila und Ouaddai; im September verlängerte sie die Maßnahme um weitere vier Monate.

Die Region um den Tschadsee wird zudem regelmäßig Ziel von Angriffen der aus Nigeria stammenden dschihadistischen Miliz Boko Haram. Am 18. Dezember 2019 griff die Gruppe das Fischerdorf Kaiga an, tötete 14 Zivilist:innen, verletzte fünf weitere Menschen und verschleppte mehrere Bewohner:innen. Der bislang schwerste Angriff ereignete sich am 23. März 2020 auf einen Militärstützpunkt in Boma. Dabei starben mehr als 100 Soldat:innen; zahlreiche weitere wurden verletzt oder entführt. Boko Haram erbeutete außerdem große Teile der militärischen Ausrüstung. Die Angriffe dauern weiterhin an.

## **Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region**

### **Geographische Lage**

Die Republik Tschad liegt in Zentralafrika und verfügt über eine Fläche von 1.284.000 Quadratkilometer. Der Binnenstaat grenzt im Norden an Libyen, im Süden an die Zentralafrikanische Republik, im Osten an Sudan und im Westen an Niger, Kamerun und Nigeria. Der Tschad schließt den östlichen Teil des Tschadbeckens mit dem größten Teil des Tschadsees ein.

### Politische Situation in der Region

Der Tschad liegt in einer politisch äußerst angespannten Region. Der Fragile State Index attestiert dem zentralafrikanischen Land und seinen Nachbarländern ein äußerst hohes Maß an Fragilität und politischer Instabilität. Abgesehen von Nigeria sind die politischen Systeme in der gesamten Region dem Freedom House Index zufolge als „nicht frei“ klassifiziert. Der Bertelsmann Transformation Index klassifiziert den Tschad, Kamerun, die Zentralafrikanische Republik, Sudan und Libyen darüber hinaus als „hard-line autocracies“.

Die angespannte innerpolitische und humanitäre Situation in **Libyen** führt zu Fluchtbewegungen in der Region. Seit Februar 2011 befindet sich das nordafrikanische Land im Bürgerkrieg und verfügt aktuell über mehrere Machtzentren, die sich politisch gegenüberstehen.

Seit 2023 befindet sich **Sudan** in einem schweren innerstaatlichen Konflikt zwischen den Sudanese Armed Forces (SAF) und den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF). Die anhaltenden Kämpfe haben das Land massiv destabilisiert und wirken sich unmittelbar auf die Sicherheitslage in Libyen aus. Besonders relevant sind Verflechtungen zwischen der Libyschen Nationalarmee (LAAF) und den RSF, die südlibysche Gebiete als logistische Rückzugs- und Versorgungsräume nutzen. Gleichzeitig erhöhen Fluchtbewegungen aus dem Sudan den Druck auf die ohnehin fragile Situation im Süden Libyens.

**Niger** ist seit dem Militärputsch vom 26. Juli 2023, bei dem Präsident Mohamed Bazoum entmachtet wurde, von politischer Instabilität und einer sich verschärfenden Sicherheitslage geprägt. Das Land ist zudem stark von Terrorismus und organisierter Kriminalität betroffen, wobei dschihadistische Gruppen in mehreren Regionen operieren. Diese Entwicklungen strahlen auf den Süden Libyens aus, insbesondere durch grenzüberschreitende Schmuggelnetzwerke und die Präsenz bewaffneter Gruppen in schwer kontrollierbaren Grenzräumen.

Die autoritär geführte **Zentralafrikanische Republik** ist durch eine problematische Sicherheitslage, Fragilität und schwache Staatlichkeit gekennzeichnet. Zurzeit ist die Friedensmission der Vereinten Nationen MINUSCA (Multidimensional Integrated Stabilization Mission in the Central African Republic) im Land aktiv. Gleichzeitig spricht die Bertelsmann Stiftung von rund 450.000 Geflüchteten und circa 430.000 Binnenvertriebenen im Land. Laut dem UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) sind rund 2,8 Millionen Menschen vulnerabel und benötigen humanitäre Hilfe.

Boko Haram hat sich ursprünglich in **Nigeria** gegründet, ist heute jedoch grenzüberschreitend aktiv. Mit fast 2,3 Millionen Vertriebenen und Geflüchteten ist die Region um den Tschadsee zu einem der gefährlichsten Krisenherde weltweit geworden. Alleine im Nordwesten des Tschad, einer ohnehin armen Region, suchen mittlerweile mehr als 130.000 Binnenvertriebene Zuflucht. Viele von ihnen fliehen vor Boko Haram. Aus diesem Anlass wurde die Multinational Joint Task Force (MNJTF) against Boko Haram gegründet, an der neben Kamerun, Nigeria, Niger und dem Tschad auch Benin mit einem kleineren Truppenkontingent partizipiert. Die Truppenstärke beläuft sich auf circa 10.000 Soldat:innen. Die MNJTF steht unter politischer Führung der Tschadseebecken-Kommission und ist vom Friedens- und

Sicherheitsrat der Afrikanischen Union mandatiert. Länder in der westafrikanischen Region, wie beispielsweise Niger und Mali, befinden sich nicht nur mit Boko Haram, sondern auch mit anderen dschihadistischen Gruppierungen wie AQIM (al-Qaida in the Islamic Maghreb) oder Abspaltungen des Islamischen Staates im bewaffneten Konflikt. Der Kampf gegen islamistische, militante Gruppen ist auch das Ziel der G5 Sahel Joint Force, an der neben dem Tschad Niger, Mali, Mauretanien und Burkina Faso teilnehmen und die vom UN-Sicherheitsrat sowie vom Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union gebilligt wurde. Die Truppenstärke soll 5.000 Soldat:innen erreichen. Das Einsatzgebiet erstreckt sich jeweils über 50 Kilometer auf beiden Seiten der gemeinsamen Grenzen. Die UN-Mission MINUSMA (Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali), zu welcher der Tschad 1.420 Soldat:innen entsandt hatte, endete Ende Dezember 2023, nach dem Malis Militärregierung einen Abzug der Truppen forderte.

Im Rahmen der Bekämpfung militanter, islamistischer Gruppierungen in der Region kommt es nachweislich immer wieder zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und zu Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht. Laut Human Rights Watch fürchten die Menschen in der Region aktuell nicht nur Angriffe bewaffneter Extremist:innen, sondern auch den Einsatz von Sicherheits- und Streitkräften. In Hinblick auf die MNJTF wiesen Expert:innen bei Briefings des UN-Sicherheitsrates bereits im Jahr 2017 darauf hin, dass bei militärischen Operationen in der Region – nationalen wie jenen unter der MNJTF – teilweise gegen internationales humanitäres Recht verstoßen werde. Es mangle an einem Rahmenkonzept, das die Einhaltung der Menschenrechte durch die Eingreiftruppen garantiere. So übten zum Beispiel in Kamerun Sicherheitskräfte vornehmlich gegen Angehörige muslimischer Gemeinschaften Menschenrechtsverletzungen. Tschadische Truppen waren in Menschenrechtsverletzungen in der Zentralafrikanischen Republik involviert. Im Rahmen der UN-Mission MINUSMA wurde dokumentiert, dass malische Soldat:innen, die der G5 Sahel Joint Force angehörten, auf dem Viehmarkt von Boulikessi im Mai 2018 12 Zivilist:innen töteten. Kritisiert werden auch die Haftbedingungen mutmaßlicher Anhänger:innen von Boko Haram.

## Grenzkonflikte

Der Tschad war von 1978 bis 1987 in einen Grenzkrieg mit Libyen involviert. Libyen intervenierte insgesamt viermal im Tschad (1975, 1979, 1983 und 1986) und unterstützte zudem im Bürgerkrieg die Rebell:innengruppierung FROLINAT (siehe Kapitel „[Spannungen und innere Konflikte](#)“). Der Ursprung des Grenzkrieges lag in der libyschen Besetzung des Aouzou-Streifens im Norden des Tschads. Obwohl Libyen ein Freundschaftsabkommen geschlossen und eine Unterstützung für die tschadischen Rebell:innen zuvor abgelehnt hatte, entsandte es 1972 Truppen in den Aouzou-Streifen, den es geografisch für sich reklamierte, um dort einen Luftstützpunkt einzurichten. In den nächsten Jahren ging der Konflikt zwischen dem Tschad und Libyen in verschiedenen Konstellationen und Koalitionen jahrelang weiter. Auf inneren und äußeren Druck hin willigten die Konfliktparteien schließlich 1987 einem Waffenstillstand ein. 1988 erkannte Libyen Hissène Habré als Präsidenten des Tschads an und nahm wieder diplomatische Beziehungen auf. Die Territorialstreitigkeit um den Aouzou-Streifen wurde schließlich vor den Internationalen Gerichtshof gebracht, der 1994 entschied, dass das Gebiet zum Tschad gehört. Dies setzten beide Parteien ohne Zwischenfälle um und Libyen

zog seine restlichen Truppen ab. Aktuell hat der Tschad keine Territorialstreitigkeiten oder Grenzkonflikte.

### Regionale Rüstungskontrolle

Der Tschad ist Mitglied der Central African Convention for the Control of Small Arms and Light Weapons, their Ammunition and all Parts and Components that can be used for their Manufacture, Repair and Assembly – auch Kinshasa Convention genannt –, welche die Economic Community of Central African States (ECCAS) im Jahr 2010 beschloßen hat. Sie trat am 8. März 2017 in Kraft. Ziele des Abkommens sind die Vorbeugung und Bekämpfung von illegalem Handel und Schmuggel von kleinen und leichten Waffen (SALW), die Verbesserung der Kontrolle über die Herstellung, den Handel, den Transfer und Besitz von SALW, die Bekämpfung bewaffneter Gewalt in Zentralafrika sowie die Stärkung von Kooperation und Dialog der partizipierenden Staaten.

Die Konvention enthält auch zentrale Beschlüsse, welche die Rolle von Endverbleibszertifikaten (EUC) aufwerten sollen. Im Zuge dessen werden Standards für EUC festgelegt, die auf subregionaler Ebene umgesetzt werden sollen. Das Endverbleibszertifikat dient zur Identifizierung, Kontrolle und Zertifizierung des Endnutzers und des Verwendungszwecks, bevor die zuständigen Behörden eine Import- oder Exportlizenz erteilen. In dem Dokument sollen Informationen zu den entsprechenden Waffen sowie zu den involvierten Akteuren (Hersteller, Händler, Zwischenhändler, Zulieferer), zur Versandroute sowie eine Beschreibung der Endnutzung enthalten sein. Die teilnehmenden Staaten verpflichten sich, die notwendigen administrativen Prozesse und Dokumente zu schaffen, um die regionale Kontrolle von SALW zu verbessern. Das Abkommen verpflichtete die ECCAS zudem, Umsetzungshilfen zu bieten.

Zudem hat das Land die Bamako Declaration on an African Common Position on the Illicit Proliferation, Circulation and Trafficking of Small Arms and Light Weapons sowie die Khartoum Declaration of Agreement between parties of the conflict in South Sudan unterzeichnet.

## Bedrohung von Alliierten

### Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im Rahmen der Opération Barkhane verteilte Frankreich 5.100 Soldat:innen über Tschad, Burkina Faso, Niger und Mali. Rund 1.500 davon waren im Tschad stationiert, wo ab Ende 2014 das Hauptquartier der Mission lag. Ziel der Mission war die Bekämpfung des militanten islamistischen Extremismus in der Region. Nachdem Mali, Burkina Faso und Niger den französischen Truppen die Präsenz auf ihrem Territorium untersagten, kündigte auch der Tschad am 28. November 2024 das geltende Militärabkommen mit Frankreich. Damit verliert Frankreich seine letzte autonome Interventionskapazität in Afrika.

Im Rahmen der bilateralen Unterstützungsmission MISIN (Missione bilaterale di Supporto nella Repubblica del Niger) stationierte Italien zuletzt rund 250 Soldat:innen in Niger. Hinzu kamen 800 US-Soldat:innen, 1.200 französische Soldat:innen sowie 200 deutsche Soldat:innen, die im Rahmen der Operation Gazelle (EUTM Mali) Ausbildungshilfe leisteten. Im Rahmen des belgischen Mobile Education & Training Team (METT) waren 130 belgische Soldat:innen in Niger stationiert – diese Mission wurde inzwischen beendet. Nach dem Putsch vom Juli 2023 zogen zunächst Frankreich und Deutschland, dann auch die USA ihre Truppen

aus Niger ab. Als einzige verbliebene ausländische Truppen hält die MISIN-Mission rund 250 Soldat:innen im Land.

Großbritannien entsendet derzeit 80 Soldat:innen zu Ausbildungszwecken nach Nigeria. Im Rahmen der militärischen Ausbildungsmission EUTM RCA sowie der UN-Mission MINUSCA entsandten mehrere europäische Mitgliedsstaaten Soldat:innen in die Zentralafrikanische Republik. In Sudan und Südsudan sind im Zuge der Friedensmissionen UNMISS und UNISFA zahlreiche alliierte Streitkräfte vor Ort – darunter Deutschland mit 14 Beobachter:innen bei UNMISS.

## Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

**Tabelle 12**  
**Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen**

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	<a href="http://www.iaea.org">http://www.iaea.org</a>
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Nicht beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Der Tschad ist zahlreichen internationalen Anti-Terrorismus-Abkommen bislang nicht beigetreten, obwohl grenzüberschreitender militanter Extremismus in der gesamten Sahelzone stark zunimmt. Besonders die ursprünglich aus Nigeria stammende dschihadistische Miliz Boko Haram ist in der Region um den Tschadsee aktiv. Die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Boko Haram haben die Zahl der Binnenvertriebenen deutlich erhöht. Nach Angaben der International Crisis Group tötete Boko Haram seit Anfang 2015 im Tschad mehrere hundert Menschen und vertrieb mehr als 100.000 Personen.

Der letzte Angriff (Stand 13. Mai 2026) fand in der Nacht vom 4. Mai 2026 statt, als Boko Haram Kämpfer einen Militärposten in der Region des Tschadsee angriffen und dabei 23 Soldat:innen töteten; 26 weitere wurden verletzt. Daraufhin rief die Regierung einen Ausnahmezustand in der Region aus. Die Gewalt beeinträchtigt zudem die Wirtschaft der

Tschadsee-Region erheblich. Viele Menschen verloren durch die anhaltenden Konflikte ihre Lebensgrundlage.

Bei der Bekämpfung islamistischer Gruppierungen in der Sahelzone galt der Tschad lange als wichtiger Verbündeter westlicher Staaten. 2014 gründeten der Tschad, Niger, Burkina Faso, Mauretanien und Mali das Regionalbündnis G5 Sahel. Daraus entstand im Juli 2017 die gemeinsame Eingreiftruppe G5 Sahel Joint Force, deren Hauptziel die Bekämpfung islamistischer Milizen war. Die Truppe umfasste rund 5.000 Soldat:innen und erhielt Unterstützung durch den UN-Sicherheitsrat sowie den Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union. Ihr Einsatzgebiet erstreckte sich jeweils 50 Kilometer beiderseits der gemeinsamen Grenzen. Zusätzlich beteiligten sich etwa 1.500 französische Soldat:innen im Rahmen der Opération Barkhane im Tschad am Kampf gegen dschihadistische Gruppen. Nachdem Mali, Burkina Faso und Niger die G5 Sahel Joint Force 2022 verlassen hatten, kündigten die verbliebenen Mitglieder Tschad und Mauretanien die Auflösung des Bündnisses an.

Darüber hinaus beteiligt sich der Tschad an der Multinational Joint Task Force (MNJTF) against Boko Haram unter politischer Führung der Tschadseebecken-Kommission. Der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union mandatierte die Mission. Die MNJTF umfasst rund 11.000 Soldat:innen aus dem Tschad, Niger, Kamerun und Nigeria sowie weiteren Kräften aus Benin. Am 29. März 2025 kündigte die nigerianische Armee ihren Rückzug aus der MNJTF an.

Im Global Terrorism Index belegte der Tschad zuletzt Rang 23 von 100 beziehungsweise Rang 23 von 163 erfassten Staaten.

## Internationale Kriminalität

**Tabelle 13**

### *Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## Kommentar

Einem Bericht des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) zufolge ist der Tschad aktuell sowohl Ursprungs-, als auch Transit- und Zielland für den Handel mit Kindern, die zu Arbeit (unter anderem Betteln, landwirtschaftliche Tätigkeiten, Arbeit in Goldminen und Kohleabbau) und Prostitution gezwungen werden. Darüber hinaus werden Kinder mitunter auf Märkten als Hüter:innen von Vieh und Kamelen verkauft. Besonders tschadische Mädchen, die auf der Suche nach Arbeit in größere Städte gehen, sind gefährdet, in

Prostitution oder häusliche Sklaverei zu geraten. Unter Geflüchteten, Binnenvertriebenen und Asylsuchenden ist die Gefahr, Opfer von Menschenhandel zu werden, ebenfalls hoch. Der Bericht verweist darauf, dass der Tschad aktuell – trotz der Bemühungen der Regierung – nicht die Mindestanforderungen zur Beseitigung von Menschenhandel erfüllt.

Aus dem Tschad selbst flüchten Menschen beispielsweise über Libyen nach Europa. Er ist aber auch Transitland, beispielsweise für Personen, die aus dem Sudan kommen und aus Eritrea, Äthiopien oder Somalia stammen. Eine geringere Anzahl von Geflüchteten kommt aus Westafrika. Kriminelle Schleuser:innen und die Unsicherheit insbesondere im Nordosten Tschads machen die Fluchtrouten höchst gefährlich. Dennoch ist der Tschad, unter anderem auch wegen restriktiver Migrationsgesetze in Niger und Sudan, zum Transitland geworden. Zahlreiche Städte entlang der tschadisch-sudanesischen Grenze, darunter Abéché im Osten Tschads, haben sich zu Hochburgen von Schleuser:innen entwickelt, die ihren Lebensunterhalt mit „Menschenschmuggel“ verdienen. Im September 2022 trat der Tschad dem zweiten Zusatzprotokoll (b; gegen den Schmuggel von Auswanderern), der Konvention gegen transnationale organisierte Kriminalität bei.

Der Tschad gilt außerdem als Transitland für illegalen Handel und Schmuggel von Drogen und Tabak. Die Ost-West-Route zog sich früher entlang des Nordens Nigers über den Norden Tschads und den Süden Libyens nach Ägypten und von dort aus nach Europa. Mit dem libyschen Staatszerfall 2011 verlegte sich die Route weiter in den Norden, da Schmuggler:innen so versuchen, die Gesetzlosigkeit in diesem Bürgerkriegsland auszunutzen.

**Tabelle 14**  
**Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen**

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### UN-Berichterstattung

Der Tschad hat lediglich zwei Mal, letztmalig im Jahr 1994 dem Waffenregister der Vereinten Nationen gegenüber Bericht erstattet. Seither stehen dem Waffenregister nur sporadisch Informationen zu Ex- und Importen des Landes mittels der Berichte von Handelspartnern zur Verfügung. Im Rahmen des UN-Registers über Militärausgaben berichtete der Tschad bisher noch nicht.

Im Rahmen des Arms Trade Treaty, dem der Tschad im März 2015 offiziell beigetreten ist, hat das Land bisher keinen Bericht zu Waffentransfers eingereicht – auch ein Initialbericht

wurde nicht eingereicht. Auch im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtete das Land lediglich im Jahr 2003.

## Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage zur unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern im Tschad ist dürftig. Bekannt ist, dass im Tschad ein Schwarzmarkt für Waffen und Munition existiert, auf dem Handfeuerwaffen, Gewehre und Kalaschnikow-Sturmgewehre für umgerechnet 228 bis 760 Euro gehandelt werden. Der illegale Waffen- und Munitionshandel hält an. Waffen gelangen vor allem über die Konflikte in den Nachbarländern Libyen, Sudan und der Zentralafrikanischen Republik ins Land. Dem Small Arms Survey zufolge haben auch der Konflikt in Mali und die Ausbreitung bewaffneter Gruppen entlang der regionalen Grenzregionen dazu beigetragen, dass sich die traditionellen Handelsrouten in der Sahelregion kriminalisiert und militarisiert haben und bewaffnete Akteure die Kontrolle über sie ausüben. Nachweislich passierten zwischen 2012 und 2014 Waffen und Munition die tschadische Grenze, die nach dem libyschen Staatszusammenbruch 2011 aus nationalen Vorräten entwendet worden waren — darunter tragbare Flugabwehrraketen (MANPADS). Geschmuggelte Waffen erreichten dabei auch nichtstaatliche Gruppen wie die Union of Forces for Democracy and Development (UFDD) und die Rally for Democratic Forces (RFC).

Der Tschad war lange primär Transit- und Zielland für illegalen Waffenhandel, von dem aus wichtige Korridore in die Konfliktgebiete der Sahelzone, des Tschadseebeckens und der Zentralafrikanischen Republik verlaufen. Seit dem Ausbruch des Sudankonflikts 2023 haben sich Angebot und Nachfrage verschärft, was den grenzüberschreitenden Handel weiter anheizt und nichtstaatliche bewaffnete Gruppen stärkt. Laut einem Bericht von Amnesty International wird der Flughafen Am Djarass im Osten des Tschad von den Vereinigten Arabischen Emiraten als Umschlagplatz für Waffentransporte in den Sudan genutzt. Im Norden des Tschad ist indes ein leichter Rückgang bewaffneter Gewalt zu verzeichnen, was zum Teil auf die Verlegung tschadischer Kämpfer aus dem südlichen Libyen in den Sudan sowie auf die Demobilisierung einiger Rebellengruppen zurückzuführen ist.

Ein Bericht des UNREC und des UNDP von 2016 belegt zudem, dass tschadisches Territorium als Durchgangsrouten diente, über die libysche Waffen — darunter Sturmgewehre, Raketenwerfer und automatische Maschinengewehre — weiter an dschihadistische Milizen in der Sahelregion wie AQIM, Splittergruppen des Islamischen Staats oder Boko Haram gelangten. Teile der tschadischen Armee sollen daran beteiligt gewesen sein. Der illegale Waffenhandel zwischen tschadischen Soldat:innen und Boko-Haram-Anhängern findet dem Bericht zufolge insbesondere in der kamerunischen Stadt Kousseri und im Norden des Landes statt. Zudem greifen Milizen wie Boko Haram militärische Einrichtungen in der Region an, um Waffen und Munition zu erbeuten.

## Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

### Box 8

#### Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

The economy relies heavily on the oil sector, which accounts for about 80% of exports. The nationalization of ExxonMobil in 2022 will reduce Chad's oil production capacity in the long term, as new investments are not taking place. The government has neglected the diversification of the economy. The IMF and World Bank have repeatedly deplored this dependency. Falling oil prices could cause further shocks for the economy, which has still not recovered from recent crises. In particular, the oil price shock of 2014/15, the COVID-19 pandemic and the instability following the takeover of power by Mahamat Déby in 2021 have left the economy in distress.

Quelle: [BTI 2026 Chad Country Report: BTI 2026](#)

### Tabelle 15

#### Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

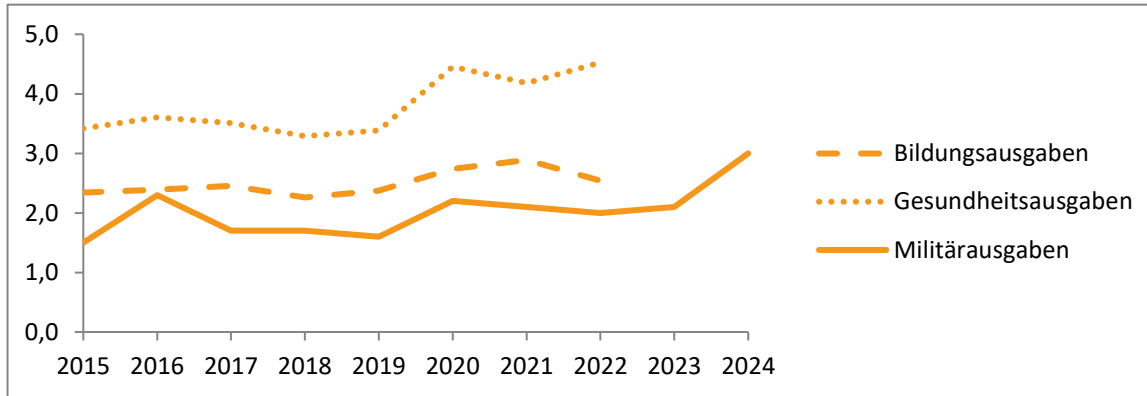
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	356	355	378	373	531
Militärausgaben/BIP	2,2	2,1	2,0	2,1	3,0
Gesundheitsausgaben/BIP	4,5	4,2	4,5	-	-
Bildungsausgaben/BIP	2,7	2,9	2,5	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

**Schaubild 6**

**Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)**



Quelle: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben), World Bank Data (World Development Indicators)

**Tabelle 16**

**Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe**

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	3216	3487	3586	3320	3214
Anteil am BIP (in %)	21,6	23,4	21,3	18,6	16,8
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	292,18	284,89	312,33	299,77	-
Net ODA (% of GNI)*	2,49	2,78	2,8	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	42,61	39,95	35,21	49,29	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD\*

**Tabelle 17**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	123,3	124,7	122,5	119,5	133,2
Index-Platzierung	49	47	46	50	38

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung****Tabelle 18****Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2020	2021	2022	2023	2024
Libyen	Militarisierungswert	-	-	136,2	104,1	104,0
	Index-Platzierung	-	-	32	68	67
Sudan	Militarisierungswert	102,0	102,2	98,8	87,2	87,2
	Index-Platzierung	71	69	74	89	93
Zentralafrikanische Republik	Militarisierungswert	90,5	106,8	94,3	95,8	102,3
	Index-Platzierung	87	59	79	76	70
Kamerun	Militarisierungswert	71,8	70,1	69,7	69,9	75,0
	Index-Platzierung	111	114	108	109	106
Nigeria	Militarisierungswert	50,3	61,5	50,4	56,6	47,9
	Index-Platzierung	138	125	136	133	137
Niger	Militarisierungswert	78,9	74,2	101,5	114,0	118,8
	Index-Platzierung	104	108	68	57	53

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

**Tabelle 19****Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in %**

		2020	2021	2022	2023	2024
Libyen	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Sudan	Militärausgaben (absolut)	1656	977	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	1,0	0,9	-	-	-
Zentralafrikanische Republik	Militärausgaben (absolut)	48	55	44	63	68
	Militärausgaben/BIP	1,9	2,1	1,7	2,4	2,5

		2020	2021	2022	2023	2024
Kamerun	Militärausgaben (absolut)	435	463	460	457	512
	Militärausgaben/BIP	1,0	1,0	0,9	0,9	1,0
Nigeria	Militärausgaben (absolut)	2652	4147	2575	3101	1989
	Militärausgaben/BIP	0,6	1,0	0,7	0,8	0,6
Niger	Militärausgaben (absolut)	254	200	259	332	404
	Militärausgaben/BIP	1,7	1,4	1,6	2,0	2,2

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Tabelle 20**  
**Human Development Index (HDI)**

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,406	0,408	0,408	0,414	0,416
HDI-Wert (Männer)	0,455	0,455	0,455	0,461	0,464
HDI-Wert (Frauen)	0,353	0,356	0,357	0,362	0,365
GDI-Wert	0,776	0,782	0,785	0,786	0,787

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/TCO>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Entwicklungsungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

## Frauen in Wirtschaft und Politik

Der Tschad erreicht mit einem Gender Development Index (GDI) von 0,787 ein sehr niedriges Niveau geschlechtsspezifischer Entwicklung. Zugleich bestehen deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern im Human Development Index (HDI): Frauen erreichen einen Wert von 0,365, Männer 0,464. Der GDI setzt die HDI-Werte beider Geschlechter anhand von Lebenserwartung, Bildungsniveau und Einkommen ins Verhältnis; ein Wert von 1 steht für vollständige Gleichstellung. Besonders im Bildungsbereich zeigen sich erhebliche Ungleichheiten. Frauen absolvieren durchschnittlich 1,3 Schuljahre und damit 2,2 Jahre weniger als Männer mit 3,5 Schuljahren. Auch die erwartete Schulbesuchsdauer liegt bei Frauen mit 7,0 Jahren deutlich unter jener der Männer mit 9,6 Jahren. Entsprechend groß ist der Unterschied bei den Alphabetisierungsraten: 45 % der Männer, aber nur 19 % der Frauen können lesen und schreiben.

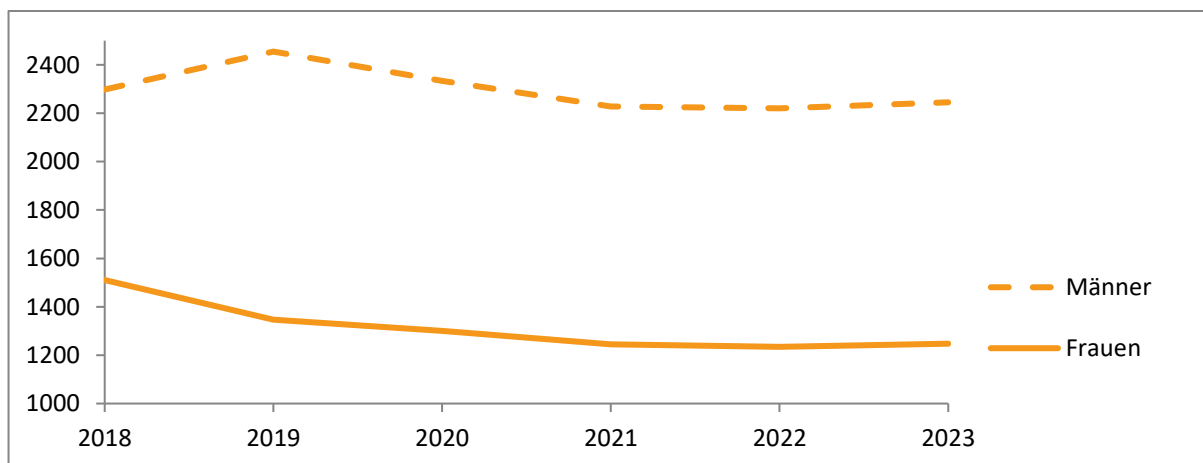
Auch am Arbeitsmarkt sind Frauen deutlich benachteiligt. Im Jahr 2025 beteiligen sich 47 % der Frauen am Erwerbsleben (globaler Durchschnitt: 49 %), bei den Männern liegt die Erwerbsquote bei 72 %. Diese Unterschiede spiegeln sich im Pro-Kopf-Einkommen wider. Frauen erzielen ein kaufkraftbereinigtes Bruttonationaleinkommen von 1.248 US-Dollar, Männer hingegen 2.245 US-Dollar und damit rund 1.000 US-Dollar mehr. Die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten im Tschad betreffen somit insbesondere die wirtschaftliche Teilhabe. Der GDI fällt vergleichsweise weniger niedrig aus, weil Frauen mit 57,0 Jahren eine höhere Lebenserwartung haben als Männer mit 53,2 Jahren.

Auch in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen bleiben Frauen deutlich unterrepräsentiert. Sie stellen lediglich 16,7 % der Kabinettsmitglieder:innen (4 von 24) und 34 % der Parlamentsmitglieder:innen (64 von 188). In der Privatwirtschaft besetzten Frauen 2017 nur 8,5 % der Top-Management-Positionen.

Das Weltbankprogramm „Women, Business and the Law (WBL) 2.0“ bewertet neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen auch deren praktische Umsetzung sowie staatliche Unterstützungsstrukturen zur Förderung der Gleichstellung. Der Tschad erreicht im Bereich der gesetzlichen Rahmenbedingungen 51 von 100 Punkten und liegt damit deutlich unter dem globalen Durchschnitt von 67 Punkten. Die rechtlichen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen erreichen damit lediglich ein niedriges bis mittleres Niveau. Bei den unterstützenden Rahmenbedingungen erzielt das Land 25 von 100 Punkten und bleibt damit weit hinter dem weltweiten Durchschnitt von 47 Punkten zurück. Dies weist auf erhebliche Defizite bei flankierenden staatlichen Maßnahmen hin. Der Indexwert zur Umsetzung und Wahrnehmung liegt bei 45 von 100 Punkten und damit ebenfalls unter dem globalen Mittelwert von 53 Punkten. Insgesamt verfügt der Tschad zwar über grundlegende rechtliche Rahmenbedingungen zur Förderung von Frauen in der Wirtschaft, die Umsetzung sowie die staatliche Unterstützung bleiben jedoch deutlich unzureichend.

### Schaubild 7

#### Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)



Quellen: Gender Development Index; [Specific country data | Human Development Reports](#)

#### Zusammenfassung Kriterium 8:

Der Tschad ist eins der ärmsten Länder der Welt und gilt nicht nur als „low-income economy“, sondern auch als hochverschuldet. Aufgrund der schwach diversifizierten und kleinen Wirtschaft ist das Land abhängig von Ölexporten und Landwirtschaft und gilt als sehr krisenanfällig und ausgesprochen vulnerabel. Im HDI belegt das Land den vorletzten Platz und so gut wie alle sozioökonomischen Indikatoren weisen auf die desaströse Lage hin, die sich auch in der schleppenden bis stagnierenden Zielerreichung der SDGs widerspiegelt. Zusätzliche Stressoren (wie bspw. ein hohes Bevölkerungswachstum oder zunehmende klimatische Extrembedingungen) werden die Lage in naher Zukunft vermutlich verschlimmern – außerdem stellen Korruption und bewaffnete Gruppen in der Region ein großes Entwicklungshindernis dar. Die Militärausgaben lagen in den vergangenen 10 Jahren bei durchschnittlich 2 %, Gesundheitsausgaben bei 3,7 % und Bildungsausgaben bei 2,4 % des BIP.

### **Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 940 US-Dollar pro Kopf gilt der Tschad als „low-income economy“ und ist zudem ein „heavily indebted poor country“. Allein beim Internationalen Währungsfond stehen derzeit 421 Millionen US-Dollar Schulden aus. Die Auslandsverschuldung liegt bei 3,21 Milliarden Dollar, rund 18% des BIPs. Bereits 2015 wurden unter der HIPC-Initiative sowie der Multilateral Debt Relief Initiative der Schuldenstand von damals rund 2,4 Mrd. US-Dollar um ein Drittel reduziert. Auch im Zuge der mit der Covid-19 Pandemie gesunkenen Öleinnahmen, welche die tschadische Wirtschaft hart getroffen hatten, wurde über einen weiteren Schuldenerlass diskutiert. Aufgrund der seither wieder gestiegenen Preise wurde diese Erleichterung aber im Oktober 2022 abgelehnt. Die Wirtschaft des Tschads ist klein, in den letzten Jahren sogar teilweise geschrumpft und wenig diversifiziert. Auf dem Economic Complexity Index belegte der Tschad sogar den letzten der 145 Ränge. Die Wirtschaft gilt somit als nicht besonders krisenfest. Vielmehr ist das Land abhängig von Ölexporten und Landwirtschaft. Laut den Daten der World Bank basieren rund 37,7% der Wirtschaftsleistung auf Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, was einen bedrohlichen Wert darstellt, da weitere Krisen (wie etwa Dürren und andere Naturkatastrophen) schlecht aufgefangen werden können. Öleinnahmen machten 2021 16,8% des BIPs aus und setzen die Wirtschaft so schwankenden Weltmarktpreisen aus. Gerade mit dem weltweiten rasanten Ausbau der erneuerbaren Energien, wird sich der Tschad für eine nachhaltige Wirtschaft, langfristig neue Exportprodukte erschließen.

### **Soziale Entwicklung**

Mit einem Wert von 0,416 belegt das Land einen der letzten Plätze auf dem HDI und gilt als Land der Kategorie „geringe menschlicher Entwicklung“. Es liegt damit auch hinter seinen Nachbarländern und gilt als Least Developed Country – lediglich der Südsudan, Somalia und die Zentralafrikanische Republik schneiden noch schlechter ab. Gelder der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit machen nur etwa 2,8 % des Bruttonationaleinkommens aus, was theoretisch keine Abhängigkeit von diesen Geldern bedeutet. Nichtsdestotrotz lebt ein großer Teil der Bevölkerung in absoluter Armut. 2022 lebten rund 39,5 % der Bevölkerung von weniger als 3,00 Dollar pro Tag, rund 51% von unter 8,30 Dollar am Tag, was äußerst bedenkliche Werte darstellen. (Jugend-)Arbeitslosigkeit hingegen scheint laut Weltbankdaten kein Problem darzustellen – mit 1,5 % (ILO-Schätzungen) sind diese außergewöhnlich niedrig, da

wahrscheinlich ein Großteil der Jugendlichen arbeiten müssen, um die Familie zu unterstützen oder die eigenen Lebenshaltungskosten zu decken.

Die meisten weiteren sozialen Indikatoren spiegeln eine desaströse humanitäre Situation vor Ort wider: die Müttersterblichkeit lag zuletzt bei 748 von 100.000 Lebendgeburten (weltweiter Durchschnitt: 197), die Kindersterblichkeit bei 56 von 1.000 Lebendgeburten (weltweiter Durchschnitt: 28), die Lebenserwartung bei 53 Jahren, die Alphabetisierungsquote bei 36% der Bevölkerung. Grundsätzlich gelten Bildungs- und Gesundheitssystem als unzureichend. Aktuell sind im Tschad 7,8 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. 2025 waren darunter 1,2 Millionen Flüchtlinge aus den Konflikten im benachbarten Sudan, in der Zentralafrikanischen Republik und in Kamerun. Zudem gibt es weitere Stressoren: eine wachsende Bevölkerung – die sich primär auf Nettomigration und eine sehr hohe Geburtenrate (pro Frau werden 6 Kinder geboren) zurückführen lassen – sowie der Klimawandel stellen eine ernsthafte Bedrohung für den Tschad dar. Derzeit wächst die tschadische Bevölkerung um mehr als 3 % pro Jahr und klimatische Extrembedingungen nehmen zu. Der Tschad gilt hier aufgrund der geografischen Lage als eins der vulnerabelsten Länder weltweit. Ein weiteres Problem ist eine hohe Korruption, die oftmals nur den engen Machtzirkel der Elite bevorzugt sowie bewaffnete Gruppen (bspw. Boko Haram), die den Handel mit Nachbarländern erheblich beeinträchtigen.

Im Hinblick auf die Sustainable Development Goals scheint der Tschad keine bis kaum Fortschritte zu machen. Selbst die grundlegendsten der 17 Ziele (Hunger, Armut, Gesundheit, Bildung, Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen) stellen weiterhin große Herausforderungen dar – so ist etwa auch Unterernährung weiterhin verbreitet und die Einschulungsraten bleiben niedrig.

Die Militärausgaben lagen in den vergangenen 10 Jahren bei durchschnittlich 2%, Gesundheitsausgaben bei 3,7 % und Bildungsausgaben bei 2,4 % des BIP. Damit ist der Anteil der der Verteidigung zugewiesenen Ressourcen ausgesprochen hoch und sogar höher als die Aufwendungen für Bildung.

# IMPRESSUM

## HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH  
Pfarrer-Byns-Straße 1  
53121 Bonn, Germany

[www.bicc.de](http://www.bicc.de)

## KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer  
[elvan.isikozlu@bicc.de](mailto:elvan.isikozlu@bicc.de)  
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

